

**LMU**

LUDWIG-  
MAXIMILIANS-  
UNIVERSITÄT  
MÜNCHEN

GESCHWISTER-SCHOLL-INSTITUT  
FÜR POLITIKWISSENSCHAFT



## Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom  
Geschwister-Scholl-Institut  
für Politikwissenschaft

---

**2018**

Philipp Maluska

**Nordkorea im Spannungsfeld  
zwischen China und USA. Das  
sino-amerikanische Verhältnis  
und die Nuklearfrage**

---

Bachelorarbeit bei  
Dr. Lars Colschen  
2017

## Inhaltsverzeichnis

1 Die Welt im Umbruch.....	1
1.1 Forschungsfrage .....	3
1.2 Methodisches Vorgehen und Ziel der Arbeit .....	3
1.3 Untersuchungszeitraum .....	5
1.4 Aktueller Forschungsstand .....	6
1.5 Relevanz der Forschungsfrage – Eine Presseschau.....	6
2 Theorie der Internationalen Beziehungen – Der Institutionalismus.....	8
3 Nordkorea.....	10
3.1 Das politische System.....	10
3.2 Die wirtschaftliche Situation .....	11
3.3 Die Sichtweise internationaler Beziehungen .....	12
3.4 Externe Bedrohungsperzeptionen .....	13
3.5 Das Kernwaffenprogramm Nordkoreas – eine Chronologie .....	14
4 Der Werdegang der sino-amerikanischen Beziehungen .....	15
4.1 Die zweite Nuklearkrise 2002/2003 unter US-Präsident Bush .....	15
4.2 Die „Sechs-Parteien-Gespräche“ .....	18
4.2.1 Akteure der „Sechs-Parteien-Gespräche“ und ihre Interessen .....	20
4.2.2 Die Verhandlungen in den „Sechs-Parteien-Gesprächen“ .....	26
4.2.3 Fazit der „Sechs-Parteien-Gespräche“ .....	34
5 Die sino-amerikanischen Beziehungen aus Sicht des Institutionalismus.....	35
5.1 Eine institutionalistische Analyse.....	39
6 Fazit.....	43
Literaturverzeichnis.....	46

## Abkürzungsverzeichnis

BDA – Banco Delta Asia

CVID - Complete, Verifiable, Irreversible Disarmament

DMZ – Demilitarized Zone

DPRK – Democratic People’s Republic of Korea

HEU – Highly Enriched Uranium

IAEA – International Atomic Energy Agency

IR – International Relations

KEDO – Korean Peninsula Energy Development Organisation

NPT – Non Proliferation Treaty

PRC – People’s Republic of China

SEZ – Special Economic Zone

SPT – Six-Party-Talks

UN – United Nations

WMD – Weapons of Mass Destruction

## 1 Die Welt im Umbruch

Das Ende des „Kalten Krieges“<sup>1</sup> stellte unumstritten eine Zäsur in den Internationalen Beziehungen (IR) des 20. Jahrhunderts dar und bewirkte eine komplette Neuordnung der globalen Machtverhältnisse. Denn der Zusammenbruch des „Eisernen Vorhangs“<sup>2</sup> markierte nicht nur das Ende des bipolaren Machtgleichgewichts zwischen Ost und West, sondern steht auch stellvertretend für das Ende zweier Ideologien<sup>3</sup>, die maßgeblich die politische Ordnung des Nachkriegseuropas nach 1945 geprägt haben: Das kapitalistische freiheitlich-demokratische Wirtschaftssystem der USA stand der kommunistischen Ideologie der autoritären bis totalitären sozialistischen Staaten unter Führung der UdSSR<sup>4</sup> gegenüber.

Doch nicht nur in Europa, sondern auch auf anderen Kontinenten war der politische Antagonismus zwischen Ost und West, zwischen Kommunismus und Kapitalismus erkennbar. Denn beide Seiten versuchten, diesen Konflikt nicht zuletzt militärisch zu lösen, was entweder in der bloßen Drohung mit den eigenen militärischen Kapazitäten oder aber in einer direkten Konfrontation mit dem ideologischen Gegner mündete. Dieser Spannungszustand setzte ein bis dato nie da gewesenes Wettrüsten beider Mächte in Gang und schürte weltweit die Angst vor einem dritten Weltkrieg, der zur Zeit der „Kuba-Krise“ im Jahr 1962 auszubrechen drohte. Dennoch wurde der „Kalte Krieg“ nicht immer friedlich wie im Fall Kubas gelöst, sondern auch in zahlreichen „Stellvertreterkriegen“<sup>5</sup> militärisch ausgefochten. Als eines der bekanntesten Beispiele dürfte hierbei sicherlich der Korea-Krieg im Zeitraum von 1950-1953 dienen, worin der Ost-West-Gegensatz die entscheidende Konfliktlinie zwischen beiden Lagern darstellte.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Sieg der „Entente“<sup>6</sup> über die „Achsenmächte“<sup>7</sup>, galt es, zunächst einmal die politische Ordnung in Europa und weiten Teilen Asiens wiederherzustellen. Jedoch zerbrach bereits kurze Zeit später das Bündnis der alliierten Siegermächte und führte zunehmend zu politisch-ideologischen Spannungen zwischen den beiden Großmächten USA und der Sowjetunion – mit direkten Auswirkungen auf die Koreanische Halbinsel (Mauß, 2004: 168 f.). Denn nach einem bilateralen Abkommen zwischen beiden Seiten sollte das ehemals von Japan besetzte

---

<sup>1</sup> Bezeichnung für einen labilen „Nicht-Frieden“ besonders im Ost-West-Konflikt von 1947–1989; Krieg ohne Kampfhandlung bzw. den Einsatz von Waffen, aber mit dessen permanenter Androhung (Schmidt, 2010).

<sup>2</sup> Bild für die erkennbare Teilung Europas (und der Welt) durch eine schwer bewachte Grenze während des „Kalten Krieges“; trennte Macht- und Einflussphäre der Sowjetunion von der der Westmächte ab (vgl. ebd.).

<sup>3</sup> Weltdeutungen bzw. politische Ideengebäude mit umfassendem Wahrheitsanspruch, i. d. R. in Verbindung mit politischen Bewegungen (vgl. ebd.).

<sup>4</sup> Formale Abkürzung für die „Union der sozialistischen Sowjetrepubliken“ bzw. der „Sowjetunion“.

<sup>5</sup> Militär. Auseinandersetzung zweier Parteien auf Staatsgebiet eines Dritt-Parteien-Staates bzw. durch Unterstützung dritter Kräfte mit finanziellen oder militärischen Mitteln (Schimmelfennig, 2015).

<sup>6</sup> Auf Interessenkonvergenz beruhende, meist vertraglich untermauerte Allianz von Staaten (Schmidt, 2010).

<sup>7</sup> Die „Achsenmächte“ des Zweiten Weltkrieges bestanden vorrangig aus den Ländern Deutschland, Italien und Japan.

Korea von beiden Siegermächten gemeinsam verwaltet werden – so fiel die administrative Verwaltung des Nordens der Sowjetunion, der Süden Koreas hingegen den Vereinigten Staaten zu (vgl. ebd.). Damit war die Teilung der Koreanischen Halbinsel auf Höhe des 38. Breitengrades fortan besiegelt.

Allerdings hielt der Frieden im „frisch“ geteilten Korea nicht lange an, denn es gab auf beiden Seiten der Grenze Bestrebungen, eine Wiedervereinigung Koreas gewaltsam zu erzwingen (vgl. ebd.). Deshalb erhielt im Jahr 1950 der nordkoreanische Kommunistenführer Kim Ilsong die Zusage beider Schutzmächte, Chinas und der Sowjetunion, für eine militärische Invasion des Südens (Hiemann, 2015: 72). Damit begann der Korea-Krieg, der sich spätestens mit Kriegseintritt der USA als Verbündetem des Südens zu einer „Weltkrise“ zuspitzte (Maull, 2004: 168). Nach drei Jahren fand der „Stellvertreterkrieg“ schließlich 1953 in einem Waffenstillstand, nicht aber in einem formellen Friedensvertrag sein Ende, weshalb der Kriegszustand auf der Koreanischen Halbinsel bis heute andauert.

So hat die Vergangenheit bis heute Auswirkungen auf das innerkoreanische Verhältnis, denn er schafft ein dauerhaftes Spannungsverhältnis zwischen den beiden Staaten Nord- und Südkorea. So wird der Korea-Krieg der 1950er-Jahre auch heute noch mit anderen Mitteln fortgeführt. Spionageaktivitäten, gelegentliche Gefechte entlang der 248 Kilometer langen demilitarisierten Zone (DMZ) sowie „Propagandaschlachten“ prägen bis heute das Bild auf der Koreanischen Halbinsel (Feffer, 2003: 41). Der „Kalte Krieg“ und der damit verbundene ideologische Systemkonflikt haben auf beiden Seiten des 38. Breitengrades überdauert und weiterhin große Auswirkungen auf die Innen- und Außenpolitik beider Staaten. Leon Sigal sieht Nord- und Südkorea in diesem Kontext als *„creatures of a World War II ceasefire and the ensuing Cold War. Each based its legitimacy on being the antithesis and antagonist of the other“* (in: Hiemann, 2015: 72).

Auch das militärische Wettrüsten vergangener Epochen gehört noch längst nicht der Vergangenheit an. So präsentieren beide Länder entlang der DMZ ihr hoch gerüstetes Militärarsenal als Drohung gegenüber dem ideologischen Feind. Eine Entspannung ist auf der Koreanischen Halbinsel bislang nicht abzusehen, denn beide Länder weigern sich, einem Truppenabbau zuzustimmen oder andere vertrauensbildende Maßnahmen in Angriff zu nehmen (vgl. ebd.). Wie fragil der innerkoreanische Frieden ist, zeigte jüngst eine Aussage des obersten Führers der Volkrepublik Nordkorea, Kim Jong Un. Dieser gab zu Protokoll, dass im Kriegsfall *„ein tödlicher Schlag auf die südkoreanischen Streitkräfte ausgeführt werden (solle)“* (SZ, 05.05. 2017). Die Gefahr darin bestehe laut einem Kommentar des kommunistischen Parteiorgans der Volksrepublik China (PRC) insbesondere im Einsatz einer *„schmutzigen Bombe“* gegen Südkorea, die *„schwere nukleare Verseuchungen verursachen“* könne (Die Zeit, 13.04.2017). Vor diesem Hintergrund sieht sich auch die für atomare

Angelegenheiten und Abrüstungsfragen zuständige Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) alarmiert und äußerte weiterhin ihre Bedenken hinsichtlich Nordkoreas nuklearer Ambitionen.

Es gebe neue Anhaltspunkte für Fortschritte in Nordkoreas Atomprogramm, sagte der IAEA-Chef Yukiya Amano der „Süddeutschen Zeitung“ unter Berufung auf Satellitenbilder (SZ, 05.05. 2017). Diese Bilder stellen derzeit die einzig verlässliche Informationsquelle für eine externe Beurteilung dar, denn die Experten der UN-Behörde dürfen seit Jahren nicht mehr in das streng abgeschottete Land einreisen. Dabei wären regelmäßige Kontrollen unerlässlich, um die weitere nukleare Aufrüstung der nördlichen Halbinsel zu stoppen. Denn es gilt als ausgemacht, dass die aus einem nuklearen Nordkorea resultierenden Sicherheitsrisiken die gesamte Region destabilisieren würden (Zhu, 2011: 191).

### 1.1 Forschungsfrage

Davon ausgehend gilt es, im Rahmen der vorliegenden Bachelorarbeit zu analysieren, welche Auswirkungen das nordkoreanische Atomprogramm auf die außenpolitischen Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik China hat. Das wissenschaftliche Erkenntnisinteresse liegt insbesondere darin begründet, aufzuzeigen, *wie sich das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) und der Volksrepublik China in der Nuklearfrage Nordkoreas über die Jahre entwickelt hat – und wie dieses aus IR-theoretischer Perspektive zu begründen ist.* Die sino-amerikanischen <sup>8</sup> Beziehungen sind dabei von großer Bedeutung, da die USA zum einen das erklärte „Feindbild“ des Regimes in Pjöngjang <sup>9</sup> darstellen und China zum anderen als der letzte Verbündete Nordkoreas gilt (Hiemann, 2015: 334).

### 1.2 Methodisches Vorgehen und Ziel der Arbeit

Aufgrund der historischen Entwicklung des Verhältnisses beider Länder zu Nordkorea, bietet sich eine Analyse der Außenpolitik der beiden Großmächte China und USA vor dem Hintergrund der Nuklearfrage Nordkoreas natürlich an. Der ehemalige Kriegsgegner und ideologische „Feind“ USA steht dem langjährigen, historisch wie ideologisch begründeten „Bruderstaat“ Nordkoreas, China, gegenüber. Beide Länder verfügen über ein großes militärisches sowie wirtschaftliches Potenzial und konkurrieren auf der internationalen Bühne um Macht und Einfluss (Dongjin, 2012: 43). Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat sich China zunehmend in die erste Reihe der führenden Wirtschaftsnationen vorgearbeitet und rüstet auch militärisch stetig auf, um seinen globalen Machtanspruch zu untermauern (vgl. ebd.). Damit stellt die Volksrepublik China in vielen Belangen

---

<sup>8</sup> Adjektiv zu Sinologie – der Wissenschaft von Sprache, Literatur und Kultur Chinas.

<sup>9</sup> Pjöngjang oder P'yöngyang, Hauptstadt Nordkoreas.

(politisch, militärisch, wirtschaftlich) immer mehr einen ernst zu nehmenden Konkurrenten für die Vereinigten Staaten dar.

Ein weitreichender Interessenkonflikt in den sino-amerikanischen Beziehungen, der einer Zusammenarbeit beider „Kontrahenten“ im Nuklearstreit Nordkoreas (DPRK) im Weg stehen könnte, scheint daher unausweichlich zu sein. Hinzu kommen nicht zuletzt die historischen Gründe, die gegen eine Kooperation sprechen könnten. Denn beide Länder haben im vergangenen Jahrhundert nicht nur als Schutzmächte in zwei Stellvertreterkriegen (Korea-Krieg von 1950–1953, Vietnam-Krieg von 1955–1975) agiert, sondern standen sich dort auch als aktive Kriegsparteien direkt gegenüber. Darüber hinaus gelten die USA bis heute als engster Verbündeter Südkoreas und bilden mit den vor Ort stationierten US-Soldaten sowohl ein militärisches Gegengewicht zu den Streitkräften im Norden als auch zu Chinas militärischem Hegemonialstreben<sup>10</sup> im asiatischen Raum.

Davon ausgehend, hat sich für die zugrundeliegende Untersuchung folgende Forschungsfrage entwickelt:

*Wie ist vor diesem Hintergrund eine mögliche Zusammenarbeit zwischen China und den USA in der Nuklearfrage Nordkoreas aus IB-theoretischer Perspektive zu begründen?*

Im Rahmen dieser Ausarbeitung sollen die Handlungspräferenzen der zentralen Akteure, China und den USA gegenübergestellt und ihre außenpolitischen Strategien theoriegeleitet erklärt werden. In diesem Kontext ist es außerdem von Relevanz, aufzuzeigen, welche Ziele beide Akteure verfolgen und mit welchen Mitteln sie diese zu erreichen versuchen. Deshalb ist die Arbeit in zwei Teilen zu lesen: dem theoretischen, konzeptionellen und dem deskriptiv-analytischen Teil. Den ersten Teil eröffnet eine Erläuterung zu dem angestrebten Untersuchungszeitraum und der anschließenden Einordnung in den aktuellen Forschungsstand, wobei zuvor noch die Relevanz des gewählten Themas erörtern werden soll. Unter Punkt zwei wird schließlich der IR-theoretische Ansatz des Institutionalismus aufgezeigt, der die Handlungsanreize von Staaten im internationalen System genauer beleuchten soll und der den analytischen Rahmen der Forschungsfrage darstellt.

Das dritte Kapitel bildet schließlich den Abschluss des theoretischen Teils. In diesem Abschnitt soll ein kurzer Einblick in die „Demokratische Volksrepublik Nordkorea“ gegeben werden, in welchem in- und externe Faktoren erklärt werden, die für das außenpolitische Agieren des Landes heranzuziehen sind. Ferner soll auch das nordkoreanische Kernwaffenprogramm seit seiner Aufnahme

---

<sup>10</sup> Kategorisierung der Machtverteilung, die auf der politischen, militärischen oder wirtschaftlichen Übermacht eines Staates gründet; bedingt durch die großen Machtressourcen resultiert daraus eine Vormachtstellung des Staates in der Region/ dem Kontinent (Schimmelfennig, 2015).

genauer beleuchtet werden. Diese Faktoren sollen aber nur so weit erklärt werden, wie sie für die Beantwortung der Forschungsfrage dienlich sind.

Anschließend wird unter Punkt vier der analytische Hauptteil der Arbeit beginnen, in welchem der Werdegang der sino-amerikanischen Beziehungen in einem breiteren Kontext erörtern werden soll. Kapitel 4.1 beschreibt nachfolgend die zweite Nuklearkrise von 2002/2003 unter der Präsidentschaft von George W. Bush und leitet sogleich zu den „Sechs-Parteien-Gespräche“ (SPT) unter Punkt 4.2. über. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, die relevanten Akteure der „Sechs-Parteien-Gespräche“ und ihre Interessen herauszustellen sowie einen Überblick über die erzielten Ergebnisse zu geben. Nachfolgend soll die Kooperation der beiden Staaten USA und China während der Nuklearkrise aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive mithilfe der institutionalistischen Theorie begründet werden. Die Arbeit findet schließlich in einem sechsten Kapitel und einem abrundenden Fazit ihr Ende.

### 1.3 Untersuchungszeitraum

Im Rahmen der Arbeit soll das sino-amerikanische Verhältnis während der Amtszeit des US-Präsidenten George W. Bush von 2001–2009 etwas näher beleuchtet werden. Der Untersuchungszeitraum wurde aus verschiedenen Gründen gewählt. Erstens bietet sich eine Außenpolitikanalyse über einen festgelegten Zeitraum, wie in diesem Fall über zwei Legislaturperioden, an, da er einerseits eine bessere Übersichtlichkeit über den Sachverhalt ermöglicht und andererseits eine höhere Chance auf eine konstante Strategie der außenpolitischen Präferenzen einer Regierung bietet. So hat das sino-amerikanische Verhältnis besonders während der Bush-Administration an Dynamik gewonnen, was im Zweifel weniger auf einzelne Entscheidungsträger der Regierung zurückzuführen ist, sondern vielmehr auf externe Faktoren, die im Verlauf der Arbeit noch zur Sprache gebracht werden.

Zweitens ist eine zeitliche Eingrenzung des Untersuchungszeitraums zwingend notwendig. So wird zwar ein kurzer Bogen zu den aktuellen Ereignissen auf der Koreanischen Halbinsel gespannt, indem die Reaktionen der Weltgemeinschaft im Hinblick darauf reflektiert werden, gleichzeitig wird damit aber auch die Präsidentschaft des Bush Nachfolgers Barack Obama übergangen. Allerdings ist dieser große Zeitsprung unausweichlich. Denn die Einordnung der tagesaktuellen Geschehnisse in den erweiterten Kontext soll dabei vor allem die Relevanz der gewählten Forschungsfrage widerspiegeln. Eine vollumfängliche Analyse der sino-amerikanischen Beziehung seit Beginn des nordkoreanischen Atomprogramms in den 1960er-Jahren wäre ein zu langer Zeitraum, der im Rahmen einer Bachelorarbeit nicht zu bewerkstelligen wäre. Das Thema war schon immer politisch relevant, ist es bis heute und wird es auch noch auf absehbare Zeit hin bleiben.



## 1.4 Aktueller Forschungsstand

Die politikwissenschaftliche Forschung beschäftigt sich eingehend mit dem nordkoreanischen Atomprogramm und insbesondere den Auswirkungen auf die sicherheitspolitische Architektur in Nordostasien. Viele Experten sehen nach dem Ende des „Kalten Krieges“ in der Region ein „*Pulverfass*“ der Weltpolitik, das von vielen unterschiedlichen Akteuren mitgestaltet und teilweise von tief verwurzelttem Misstrauen untereinander geprägt ist (Hiemann, 2015: 57). Dabei steht natürlich das sino-amerikanische Verhältnis besonders im Fokus der politikwissenschaftlichen Forschung, da die beiden Staaten den größten Macht- und Einflussbereich (militärisch, politisch, wirtschaftlich) in der Region verzeichnen können und somit als unverzichtbar für eine Lösung in der Nuklearfrage gelten. Es gibt zahlreiche wissenschaftliche Beiträge zu dieser Thematik, die speziell im nordamerikanischen bzw. asiatischen Raum Beachtung findet und ein großes Forschungs- und Interessensfeld im Bereich der IR offeriert. Der Forschungsschwerpunkt „Frieden und Sicherheit“ in Nordostasien hat besonders in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre große Aufmerksamkeit in der politikwissenschaftlichen Forschung erfahren (vgl. ebd.).

## 1.5 Relevanz der Forschungsfrage – Eine Presseschau

Der Streit um den richtigen Umgang mit Nordkoreas nuklearen Ambitionen hat in jüngster Vergangenheit wieder an Brisanz gewonnen. Denn laut einem Artikel der „Zeit“ hat sich das Verhältnis zwischen Nordkorea und seinem Verbündeten China aufgrund der kürzlich erfolgten Raketentests der DPRK deutlich „abgekühlt“ (Die Zeit, 04.05.2017). Die DPRK kritisierte in diesem Zusammenhang ungewöhnlich scharf ihren engsten Verbündeten China, das als Reaktion auf die Raketentests härtere Sanktionen gegen seinen geografischen Nachbarn gefordert und diesen vor weiteren „*Fehlern*“ gewarnt hatte (vgl. ebd.). Die Antwort aus Pjöngjang folgte prompt: So werde das Land nicht um „*die Erhaltung der Freundschaft mit China ‘betteln’*“ (vgl. ebd.). Außerdem werde es um keinen Preis, „*sein Atomprogramm aufs Spiel setzen, das für Pjöngjang so kostbar sei ‘wie das eigene Leben’*“ (vgl. ebd.). Unzweifelhaft sieht sich Nordkorea durch eine zunehmend enger werdende Beziehung zwischen den USA und China bedroht. So warf die DPRK China vor, es würde „*nach der Pfeife der USA tanzen*“, und drohte ferner damit, dass „*China nicht länger die Grenzen der Geduld der Demokratischen Volksrepublik Korea austesten sollte*“ (vgl. ebd.).

Die Raketentests sind Nordkorea laut UN-Resolutionen eigentlich verboten und zogen in Folge auch harsche Kritik der internationalen Gemeinschaft nach sich. Trotz Verbots testete das Regime in Pjöngjang innerhalb der letzten Wochen mehrfach die Reichweite seiner neuesten Mittelstreckenraketen, die in einem engen Zusammenhang mit den zuletzt vollzogenen Atomtests des

vergangenen Jahres stehen (Die Zeit, 29.05.2017). Aber auch in der Vergangenheit machte das streng abgeschottete Land mit seinem Kernwaffenprogramm auf sich aufmerksam. Im Jahr 2006 vermeldete die DPRK den ersten, erfolgreich verlaufenen unterirdischen Atomtest, der als ein „*historisches Event*“ und weiter als ein „*großer Schritt in Richtung einer großen, blühenden und machtvollen sozialistischen Nation*“ gefeiert wurde (BBC, 09.10.2006). Die USA verurteilten den Test unverzüglich als einen „*provokativen Akt*“, während der japanische Premierminister Shinzo Abe vor „*dem Eintritt in ein neues, nukleares Zeitalter*“ warnte (vgl. ebd.).

Laut Experten diene das Atomprogramm Nordkoreas langfristig dazu, Raketen mit nuklearen Sprengköpfen auszustatten, die die Westküste der Vereinigten Staaten erreichen können (vgl. ebd.). Das sei das „*ultimate Ziel*“ des obersten Führers der DPRK (vgl. ebd.). Zeitgleich mit den jüngsten Tests vermeldeten nordkoreanische Staatsmedien den großen Erfolg des Regimes, mithilfe ballistischer Trägersysteme nun auch „*große und schwere Atomsprengköpfe*“ befördern zu können (SZ, 15.05.2017). Machthaber Kim Jong Un nahm dabei wiederholt die Vereinigten Staaten ins Visier und kündigte gleichsam weitere Raketen- und Atomversuche an. So seien das Festland der USA und Gebiete im Pazifik weiterhin „*in der sichtbaren Reichweite für einen Militärschlag*“ (vgl. ebd.).

Die US-Regierung unter Präsident Donald Trump vermeldete als Reaktion darauf die Entsendung eines Flugzeugträgers in die Region um die Koreanische Halbinsel (CNN, 22.05.2017). Laut offiziellen Meldungen, um gemeinsame Militärübungen mit südkoreanischen und japanischen Streitkräften abzuhalten (vgl. ebd.). Gemäß Quellen des Nachrichtensenders CNN, unter Berufung auf Regierungskreise, sind diese taktischen Manöver allerdings als bewusste Reaktion und „*starke Botschaft gegenüber Pjöngjang*“ zu werten (CNN, 24.05.2017). Wie angespannt die Lage auf der Koreanischen Halbinsel aktuell ist, machte der amtierende US-Präsident Trump zuletzt sehr deutlich: So drohte er mehrfach mit Alleingängen der USA im Atomstreit mit Nordkorea und schloss auch einen präventiven Militärschlag nicht aus (SZ, 15.05.2017).

Vor diesem Hintergrund scheint eine Zusammenarbeit der beiden Großmächte China und USA in der Nuklearfrage Nordkoreas unausweichlich zu sein. Demzufolge müssen sowohl das Atomprogramm, als auch die diesbezügliche Zusammenarbeit beider Länder nicht zuletzt unter sicherheitspolitischen Aspekten betrachtet werden. Denn angesichts der gewaltigen militärischen Kapazitäten und des instabilen Friedens auf der Koreanischen Halbinsel könnte eine Eskalation der momentanen Situation Auswirkungen auf regionaler und sogar globaler Ebene nach sich ziehen (Zhu, 2011: 195).

## 2 Theorie der Internationalen Beziehungen – Der Institutionalismus

Für eine zielgerichtete Analyse der sino-amerikanischen Beziehungen bedarf es natürlich der geeigneten theoretischen Grundlage. Deshalb soll der deskriptiv-analytische Teil der Arbeit mithilfe des Institutionalismus erklärt werden, der in folgendem Abschnitt Erwähnung findet. Diese IB-Theorie kann die zugrundeliegende Analyseebene am besten, sprich am vollumfänglichsten anhand eines theoretischen Konzepts erklären. Da die Theorie jedoch sehr breit aufgestellt ist, wird der Fokus vor allem auf die Faktoren gelegt, die zur Beantwortung der Forschungsfrage beitragen können.

Die Akteure im Institutionalismus stellen egoistisch-zweckrationale Staaten dar, die in einer anarchischen<sup>11</sup> Welt versuchen, ihre präferierten Ziele zu erreichen. Diese Ziele können beispielsweise Macht oder allgemein Ressourcen darstellen – wichtig aber ist, die Grundprobleme der Anarchie, Unsicherheit und Ineffizienz, zu überwinden (Schimmelfennig, 2015: 90 f.). Hierbei sind die zentralen Strukturmerkmale des Institutionalismus, zwischenstaatliche Interdependenz und (internationale) Regime dienlich (vgl. ebd.). Diese reduzieren die existenzielle Unsicherheit der Anarchie und ermöglichen es den Staaten gleichzeitig, ihre gewünschten Ziele zu verfolgen. Dabei verringert die Interdependenz<sup>12</sup>, die gegenseitige Abhängigkeit der Staaten voneinander, einerseits den Nutzen militärischer Gewalt und damit die Bedrohung der Staaten untereinander, andererseits erhöht sie auch den Bedarf an internationaler Kooperation (vgl. ebd.).

Die Möglichkeit, sich mit anderen Staaten zusammenzuschließen, eröffnet den Akteuren im internationalen System die Option, Problemlagen leichter und kostengünstiger durch Kooperation zu lösen. Das bedeutet zwar nicht, dass das anarchische Element aufgehoben wird, die Gelegenheit zur Kooperation und auf gemeinsam zu realisierende Gewinne wird aber deutlich positiver bewertet (vgl. ebd.). Eine zwingende Voraussetzung für internationale Kooperation ist aber eine gemeinsame Interessenslage der Staaten, die sogenannten „Winsets“ (vgl. ebd.). Da aber eine zunehmende Interdependenz zwischen Staaten auf vielen Ebenen, wie etwa im politischen und wirtschaftlichen Bereich, zu beobachten ist, steigt auch die Wahrscheinlichkeit sich überschneidender Interessen und damit die Chance auf zwischenstaatliche Zusammenarbeit (vgl. ebd.). Infolge dessen können gemeinsame Interessen durch Kooperation leichter verfolgt und vor allem effizienter erreicht werden – zum Vorteil der Akteure (vgl. ebd.).

Bei der Überwindung der Anarchieproblematik spielen aber nicht zuletzt auch internationale Regime, allgemeine „Regelwerke“, eine entscheidende Rolle. Diese bieten nämlich den Staaten, beispielsweise

---

<sup>11</sup> Anarchie als Ordnungsprinzip sozialer Systeme; Akteure mit formell gleichrangigem Verhältnis zueinander ohne Über- oder Unterordnung bzw. Befehls- oder Gehorsamsverpflichtung (Schimmelfennig, 2015).

<sup>12</sup> Setzt voraus, dass Staaten gewisse Ziele nicht ohne Zusammenarbeit, nur unzureichend oder nur mit hohen Kosten erreichen können und somit auf andere Staaten angewiesen sind (vgl. ebd.).

in Form internationaler Organisationen, eine Plattform zur Kooperation. In diesem Rahmen können allgemeine Regeln festgelegt, deren Einhaltung überwacht und mögliche Regelverstöße bestraft werden (vgl. ebd.). Die interdependente Grundstruktur der internationalen Politik schafft somit ein Umfeld, worin Staaten die Möglichkeit offeriert wird, ihre zentralen Handlungsmotive, Frieden und Kooperation, zu verfolgen (vgl. ebd.). Allerdings sind die Staaten nicht nur an einem friedlichen Miteinander oder internationaler Kooperation interessiert, sondern zusätzlich auch an absoluten Gewinnen. Durch das Streben nach Gewinnen wird schließlich ein Prozess der Wohlfahrtskonkurrenz in Gang gesetzt (vgl. ebd.).

Das „Konkurrenzdenken“ im Streben nach absoluten Gewinnen wird aber gleichwohl durch die Kontrolle internationaler Regime abgeschwächt und schließlich überwunden – das Ergebnis ist eine zwischenstaatliche Kooperation (vgl. ebd.). Oftmals ist auch allein schon die Aussicht, überhaupt einen Gewinn erzielen zu können, ausreichend, um sich auf eine zwischenstaatliche Zusammenarbeit einzulassen. Multilaterales Handeln ist für die beteiligten Akteure demzufolge gewinnträchtiger als unilaterales (vgl. ebd.). Eine Kooperation auf Grundlage gemeinsamer Interessen schafft im Optimalfall eine langfristige Vertrauensgrundlage zwischen Staaten, die wiederum die gegenseitige Abhängigkeit fördert – über die Zeit wird die internationale Politik somit schrittweise institutionalisiert und nicht zuletzt auch zivilisiert (vgl. ebd.).

Am Ende einer kontinuierlichen Kooperation zwischen Staaten kann sogar die Gründung einer Institution stehen. Diese ermöglicht den Staaten viele Vorteile: Sie bietet ihnen nicht nur Informationen an, sondern senkt auch deren Transaktionskosten<sup>13</sup> und verleiht getroffenen Vereinbarungen Glaubwürdigkeit. Zusätzlich kann sie wichtige Punkte zur Koordination entwickeln und zwischenstaatliche Abkommen erheblich erleichtern (vgl. ebd.). Auch Großmächte wie China oder die USA können sich dieser Interdependenz nicht entziehen. So gebe es in der internationalen Politik nämlich auch Problemfelder, die selbst Großmächte mit „*scheinbar unendlichen Machtressourcen nicht effektiv lösen können*“ (Schimmelfennig, 2015: 94 f.).

Das gilt besonders bei Fragen der Sicherheit. Auch wenn durch interdependente Strukturen die existenzielle Unsicherheit der Anarchie verringert wird, so bleibt diese dennoch bestehen. Vor diesem Hintergrund hat auch die wichtigste außenpolitische Strategie eines Staates, nämlich der Schutz der eigenen Bevölkerung vor externen Bedrohungsszenarien, weiterhin Bestand. Vertreter des Institutionalismus argumentieren, dass Institutionen insbesondere bei Sicherheitsfragen Anreize für eine zwischenstaatliche Zusammenarbeit von Staaten setzen können. Durch Institutionen können die durch Kooperation erzielten Gewinne unter den Akteuren einfacher verteilt werden, indem

---

<sup>13</sup> Kosten, die Staaten etwa bei Kontroll- oder Sanktionsverfahren entstehen können ( Schimmelfennig, 2015).

kooperative Staaten belohnt und nicht kooperative im Gegenzug sanktioniert werden (vgl. ebd.). Institutionen üben außerdem Einfluss auf das Verhalten von Staaten aus: Durch das Setzen von Regeln und Richtlinien können sie in Problemlagen ein Umdenken der Staaten ermöglichen und somit ein friedliches Miteinander fördern (vgl. ebd.).

### 3 Nordkorea

Im folgenden Abschnitt soll kurz Bezug auf den Staat Nordkorea genommen werden. Denn oftmals sind nicht zuletzt innenpolitische Faktoren heranzuziehen, um das außenpolitische Agieren von Staaten nachvollziehen zu können. Dabei sind folgende Bereiche ausschlaggebend, die gewissermaßen als Filter der außenpolitischen Präferenzen der DPRK dienen: die Charakteristika des politischen Systems, die wirtschaftliche Situation des Landes, die Sichtweise internationaler Beziehungen, sowie die externen Bedrohungsperzeptionen. Den Abschluss des Kapitels bildet eine Chronik des nordkoreanischen Kernwaffenprogramms.

#### 3.1 Das politische System

Offiziell wird Nordkorea als „Demokratische Volksrepublik Korea“ bezeichnet, ist aber aus politikwissenschaftlicher Perspektive eine totalitäre Diktatur, da alle relevanten Machtorgane de facto „gleichgeschaltet“ sind (Hiemann, 2015: 24). Daraus resultiert eine große Machtfülle für den Regierungskader, der die Richtung des politischen, des gesellschaftlichen und des wirtschaftlichen Bereichs vollumfänglich bestimmen kann. Die Partei stützt sich dabei insbesondere auf einen großen Militär- sowie einen weit ausgebauten Polizei- und Überwachungsapparat (Maull, 2004: 179 f.). Hinzu kommt, dass es keine politische Opposition in Nordkorea gibt, die dem etwas entgegensetzen könnte, denn politische Partizipation und freie Meinungsäußerung nach demokratischen Prinzipien sind dort nicht erlaubt (Mrosek, 2011: 11).

Der umfangreiche Sicherheits- und Überwachungsapparat schafft eine nahezu lückenlose Kontrolle der Bürger. Politisch unliebsame Gegner werden häufig hingerichtet oder in Arbeitslager deportiert (Hiemann, 2015: 68). Weiterhin gibt es kaum die Möglichkeit zur freien Informationsbeschaffung, denn die wenigen nordkoreanischen Medien unterliegen allesamt einer strengen Zensur und stehen unter staatlicher Kontrolle. Der Einfluss auf die Medien ermöglicht dem Regime zudem eine gezielte Indoktrination<sup>14</sup> des Volkes und die Verbreitung seiner für den Machterhalt wichtigen Propaganda<sup>15</sup> (Maull, 2004: 185 f.).

---

<sup>14</sup> Form der Propaganda: Psychische Beeinflussung zur Regulierung des Denkens und Handelns von Personen oder Gruppen (Meyers, 1979).

<sup>15</sup> Systematische Werbung für ein bestimmtes politisches Anliegen, insbesondere die auf Verbreitung einer politischen Auffassung/Meinung/Ideologie gerichteten Bestrebung (Schmidt, 2010).

Das politische System basiert seit der Gründung der Volksrepublik im Jahr 1948 im Sinne kommunistischer Prinzipien<sup>16</sup> auf einem Einparteiensystem<sup>17</sup>, das durch einen theokratisch anmutenden „Personenkult“<sup>18</sup> rund um einen „charismatischen Führer“ aus der Reihe der Kim-Dynastie getragen wird (Heberer, 2008: 378 f.). Der Staatsgründer Kim Ilsong schuf zu Beginn seiner Herrschaft eine zentralistische Machthierarchie (1948–1994), die nachfolgend von seinem Sohn Kim Jong Il (1994–2011) in dynastischer Erbfolge ausgebaut wurde und seit 2011 von dessen Sohn Kim Jong Un fortgeführt wird (Maull, 2004: 179 f.). Legitimiert wird die Herrschaft des Staatsführers vor allem durch eine allumfassende Ideologie, die „Juche“<sup>19</sup> genannt wird (vgl. ebd.). Diese bedeutet so viel wie „Souveränität“ und soll die politische Unabhängigkeit des Landes symbolisieren (Mrosek, 2011: 11).

Die Staatsideologie steht auch stellvertretend für den Anspruch des Landes, alle Probleme aus eigener Kraft zu bewerkstelligen, und bildet die zentrale Leitlinie der Politik, der Wirtschaft und vor allem des Militärs (vgl. ebd.). Diese Mischung aus Autarkiestreben und geschürtem Nationalismus ist eine gesellschaftlich etablierte Norm und prägt das nordkoreanische Selbstverständnis bis heute (vgl. ebd.). Der Einfluss der Staatsideologie prägt in hohem Maße den Stellenwert des Militärs. Das lässt sich gut an konkreten Zahlen belegen: Bei einer Bevölkerung von rund 22 Millionen Menschen befinden sich etwa 1,1 Millionen ständig unter Waffen – damit stellt Nordkorea die viertgrößte Armee weltweit (Statista, 2017).

### 3.2 Die wirtschaftliche Situation

Die Entscheidung, die Wirtschaft nach den Zerstörungen des Krieges nach dem Vorbild einer zentral gelenkten Planwirtschaft aufzubauen, sollte sich schon bald als Fehler erweisen. Denn die Überführung der Produktionsmittel in Kollektiveigentum hatte zur Folge, dass privater Besitz sowie allgemeine Marktmechanismen von nun an so gut wie keine Rolle mehr spielten (Maull, 2004: 171 f.). Hinzu kam der Umstand, dass die Umstellung von extensiver auf intensive Wachstumsprozesse<sup>20</sup> misslang und das Wachstum der nordkoreanischen Wirtschaft schon bald stagnierte (vgl. ebd.). Verstärkt wurden die wachsenden Probleme zusätzlich auch durch eine Fokussierung auf eine weitgehend binnenorientierte und möglichst „autarke“ Wirtschaft und die gleichzeitige Abschottung gegenüber einer Öffnung für wirtschaftlichen Wettbewerb sowie internationale Arbeitsteilung (vgl. ebd.).

---

<sup>16</sup> Zentrale Prinzipien bilden dabei ein „demokratischer Zentralismus“ und die „Diktatur des Proletariats“, die in der Praxis durch den obersten Führer ausgeübt wird (Maull, 2004).

<sup>17</sup> Politisches System, das auf einer einzigen Partei gründet; meist Monopol,- bzw. Staatspartei und ideologisch fundiert (vgl. ebd.).

<sup>18</sup> Verehrung von Personen mit quasi-religiösen Charakterzügen, Zuschreibung von extraordinären Eigenschaften, um Machtfülle zu legitimieren (Heberer, 2008).

<sup>19</sup> Gebräuchlich ist auch die Schreibweise: chuch’ e (vgl. ebd.).

<sup>20</sup> Produktionsweise, in der Wachstum nicht mehr durch gesteigerten Ressourceneinsatz (z.B. Arbeitskraft) generiert wird, sondern durch Produktionsgewinne aufgrund technologischen Fortschritts (Maull, 2004).

Die Folgen waren und sind bis heute Produktionsengpässe, die Ausbildung einer Schattenwirtschaft<sup>21</sup>, wachsende Korruption sowie ein insgesamt weiterhin sinkender Lebensstandard der Bevölkerung (vgl. ebd.). Falsche, staatlich vorgegebene Maßnahmen sorgten nicht zuletzt für schwere Überschwemmungen in Nordkorea, die in der Folge zu schweren Hungersnöten führten und in den 1990er-Jahren laut Schätzungen bis zu zwei Millionen Menschen das Leben gekostet haben könnten (Feffer, 2003: 66). Aufgrund von Unterernährung und grassierender Armut, ist das Land bis heute auf humanitäre Hilfe, Energielieferungen und Lebensmitteleinfuhren der internationalen Gemeinschaft angewiesen. Die Volksrepublik gilt daher mit einem geschätzten Pro-Kopf-Einkommen von rund 1.243 US-Dollar als wirtschaftliches Entwicklungsland (Auswärtiges Amt, 2016).

Um die wirtschaftlichen Missstände zu kompensieren, versuchte Nordkorea in der Vergangenheit immer wieder, durch illegale Wirtschaftsaktivitäten, wie etwa den Export von Raketen, Drogenschmuggel oder durch Falschgeldgeschäfte, Devisen zu erwerben (Maull, 2004: 175). Besonders eine aktive Proliferationspolitik in Krisengebiete wie Pakistan, Jemen oder Libyen zahlte sich für das Regime in Pjöngjang finanziell aus. Ballistische Waffen sind in den Neunzigerjahren somit zur wichtigsten Devisenquelle Nordkoreas geworden, weckten im Gegenzug aber auch das Misstrauen der USA (vgl. ebd.). Diese sahen in den Exporten eine Unterstützung des weltweiten Terrorismus und trugen Sorge vor einer weltweiten Ausbreitung von Kernwaffen (vgl. ebd.).

### 3.3 Die Sichtweise internationaler Beziehungen

Wie bereits erwähnt, ist die *Juche*-Ideologie die zentrale staatliche Leitlinie und bestimmt maßgeblich Nordkoreas Auftreten im internationalen System. Denn die Unabhängigkeit des Landes ist das oberste Staatsziel und wird mit allen zur Wahl stehenden Mitteln verteidigt (Mrosek, 2011: 13). Die Einmischung von externen Akteuren wird nicht geduldet, denn dadurch sieht das Regime um Kim Jong Un die Sicherheit der Volksrepublik bedroht (Maull, 2004: 187 f.). Aus dieser Perspektive lässt sich auch eine sehr realpolitische Sichtweise Nordkoreas auf die internationale Staatenwelt ableiten. Zum einen herrscht seitens des Kim-Regimes ein ausgeprägtes Freund-Feind-Denken vor, zum anderen bilden Machtdenken und Souveränitätsstreben zentrale Leitlinien in der kognitiven Wahrnehmung und Bewertung internationaler Zusammenhänge (Hiemann, 2015: 112).

Dieses Denken ist einer von vielen Gründen für Nordkoreas außenpolitische Isolation. Zwar unterhält die DPRK diplomatische Beziehungen zu knapp 150 Staaten, jedoch verlieren diese im direkten Vergleich zum benachbarten Südkorea oft an Bedeutung. Da der Süden sowohl politisch als auch wirtschaftlich die bessere Grundlage bietet, gerät der Norden zunehmend ins Hintertreffen (Maull, 2004: 191). Verstärkt wird dieser Umstand zusätzlich durch zwei Faktoren: Erstens hat die DPRK

---

<sup>21</sup> Bezeichnung für eine Parallelwirtschaft bzw. zweite illegale Ökonomie; Erträge fließen meist nicht in das Sozialprodukt eines Landes mit ein; häufig ohne Zahlung von Steuern und Sozialabgaben (Schmidt, 2010).

keine überzeugenden Argumente für eine zwischenstaatliche Zusammenarbeit vorzuweisen, denn die Wirtschaft ist zu schwach, um auf internationalen Märkten konkurrieren zu können (vgl. ebd.). Zweitens ist Nordkorea in vielen supranationalen Organisationen wie beispielsweise der Welthandelsorganisation (WTO)<sup>22</sup> nicht vertreten, was eine bessere politische sowie wirtschaftliche Verhandlungsposition für die Volksrepublik bedeuten würde (vgl. ebd.).

### 3.4 Externe Bedrohungsperzeptionen

Nordkoreas Isolation ist außerdem verstärkt auf externe Bedrohungsperzeptionen zurückzuführen. Vor allem die Staatsmedien dienen dem Regime dazu, seine oft nicht zu belegenden Verschwörungstheorien zu verbreiten und in der Bevölkerung Misstrauen gegenüber außen zu erwecken (vgl. ebd.). Als innenpolitische Reaktion auf die geschürten Bedrohungsängste propagiert das Regime verstärkt seine „Militär-Zuerst“-Politik, die nicht nur den Status des Militärs weiter aufwertet, sondern auch seine Bürger dazu verpflichtet, ihren Dienst an der Waffe zu tun (Heberer, 2008: 384). Die Integration der gesamten Bevölkerung in die Landesverteidigung, lässt den Militärdienst zur staatsbürgerlichen Pflichtaufgabe werden und schafft dadurch ein nationales Einheitsgefühl (vgl. ebd.). Die stetig heraufbeschworene Bedrohungslage durch den Nachbarn Südkorea oder den „erklärten Feind“ USA versetzt das Land somit in einen dauerhaften Kriegszustand. Durch diesen Umstand wird der mangelnden Legitimität des Regimes infolgedessen Aufwertung verliehen und hilft gleichzeitig, die Bürger politisch auf Linie zu halten (Maull, 2004: 188 f.).

Besonders die USA dringen dabei aus Sicht Pjöngjangs auf ein Ende des Regimes, aber auch der früheren Kolonialmacht Japan werden „neoimperialistische Ambitionen“ auf der koreanischen Halbinsel unterstellt (Feffer, 2003: 134). Die Volksrepublik sieht sich nicht zuletzt durch regelmäßige Militärübungen der Verbündeten USA, Japan und Südkorea an seinen Landesgrenzen in seinen Annahmen bestätigt und antwortet seinerseits mit eigenen Drohgebärden, wie den Tests von Raketen oder gar Kernwaffen (Hiemann, 201: 121).

---

<sup>22</sup> Nordkorea ist weder Mitglied der Weltbank (IBRD), des Internationalen Währungsfonds (IMF) noch der Welthandelsorganisation (WTO). Das hat zweierlei Gründe: Zum einen hegt das Regime in Pjöngjang ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber externen Akteuren und im Speziellen internationalen Organisationen. Diese sieht es nämlich als vom Westen (insbesondere auch von den USA) gesteuerte Systeme, die ihnen als Mittel für ihre „imperialistischen Ziele“ dienen (Mrosek, 2011: 10 f.). Der zweite Grund ist aber viel entscheidender: Vor allem die USA blockieren seit Jahren die Mitgliedschaft Nordkoreas in zahlreichen internationalen Organisationen. Als Grund dafür, nennen sie die „staatsterroristischen Aktivitäten“ der DPRK in der Vergangenheit, die eine Zusammenarbeit unmöglich machten (Maull, 2004: 191). Die USA nehmen dabei unter anderem Bezug auf ein Attentat nordkoreanischer Agenten auf eine südkoreanische Linienmaschine im Jahr 1987, bei dem 135 Menschen ums Leben kamen. Der Anschlag erfolgte nach Angaben der Attentäter auf persönlichen Befehl des obersten Führers Kim Jong Il (Mrosek, 2011: 12).



### 3.5 Das Kernwaffenprogramm Nordkoreas – eine Chronologie

Unter Staatsgründer Kim Ilsonng beschloss die DPRK im Jahr 1962 ein eigenes Atomwaffenprogramm aufzunehmen. Ausschlaggebend für diese Entscheidung waren sowohl der Eindruck der „Kuba-Krise“ als auch die Erfahrungen des Koreakriegs, worin die USA mit dem Einsatz von Kernwaffen gedroht hatten (Dongjin, 2012: 11). Mit logistischer und finanzieller Unterstützung durch die Schutzmacht Sowjetunion wurde schließlich der Bau eines Atomreaktors vorangetrieben (Maull, 2004: 94 f.). Zehn Jahre später verkündete Nordkorea seinen Beitritt zur IAEA, die dem Land in den 1980er-Jahren dabei half, einen weiteren Reaktor zu bauen – zur zivilen Nutzung der Atomtechnik (vgl. ebd.). Im Dezember 1985 unterzeichnete die DPRK dann auf Druck der Sowjetunion den Atomwaffen-Sperrvertrag (NPT)<sup>23</sup>, verweigerte aber den Abschluss des Safeguard- und Inspektionsabkommens und trieb stattdessen den Bau von zwei zusätzlichen Reaktoren voran (Dongjin, 2012: 11).

Im Jahr 1991 war zum ersten Mal eine leichte Entspannung in der Nuklearfrage Nordkoreas zu erkennen: Die DPRK unterzeichnete mit Südkorea eine „*Gemeinsame Erklärung zur Entnuklearisierung der koreanischen Halbinsel*“<sup>24</sup> und stimmte ferner einem Inspektionsabkommen mit der IAEA zu (Hiemann, 2015: 80 f.). Doch das Versprechen der DPRK hatte nicht lange Bestand: Nach einer Visite der IAEA im Jahr 1992 erhärtete sich der Verdacht der Inspektoren auf eine militärische Nutzung des nordkoreanischen Atomprogramms (Maull, 2004: 94 f.). Als Reaktion darauf forderten die USA das Regime in Pjöngjang schließlich zur umfassenden Zusammenarbeit auf, was von nordkoreanischer Seite aber strikt abgelehnt wurde. Stattdessen verkündete die DPRK kurze Zeit später ihren Austritt aus dem NPT (vgl. ebd.).

Zwei Jahre später gaben US-Geheimdienste bekannt, dass Nordkorea falsche Angaben zu seinem Atomprogramm gemacht habe und fortlaufend an der Entwicklung von nuklearen Sprengköpfen arbeite (Dongjin, 2012: 12). Diese Angaben werden ein Jahr später von der IAEA bestätigt, nachdem man sich zuvor mit dem Regime in Pjöngjang über eine Fortsetzung der Inspektionen einig geworden war (vgl. ebd.). Die USA versuchten im Gegenzug, im UN-Sicherheitsrat Unterstützer für wirtschaftliche Sanktionsmaßnahmen gegen die DPRK zu finden, woraufhin sich Nordkorea jeder weiteren Zusammenarbeit mit der IAEA verweigerte. Zur Begründung hieß es, dass jede Art von Sanktionen als „*Kriegsgrund*“ betrachtet würde (vgl. ebd.).

Trotzdem gelang es der US-Regierung im Jahr 1994 eine politische Lösung der „Krise“ vorzubereiten, was letztendlich in die Unterzeichnung des Genfer Rahmenabkommens zwischen den USA und Nordkorea mündete (Maull, 2004: 94 f.). Um Nordkorea für den Abbau seiner Kernkraftanlagen und

---

<sup>23</sup> Vereinbarung von Staaten aus dem Jahr 1968, die die Entwicklung, Verbreitung, sowie den Erwerb von Atomwaffen verbietet; sieht außerdem die Zustimmung zu Sicherheitsmaßnahmen sowie die Kontrolle durch die IAEA vor (Schmidt, 2010).

<sup>24</sup> „*The Joint Declaration on Denuclearization of the Korean Peninsula*“: Die Erklärung verbietet den Test, die Herstellung, Produktion, Erhalt, Besitz, Lagerung, Entwicklung oder den Einsatz von Nuklearwaffen (Dongjin, 2012).

die Einstellung seines Waffenprogramms zu entschädigen, gründeten die USA gemeinsam mit Japan und Südkorea die *Korean Peninsula Energy Development Organisation* (KEDO) (Hiemann, 2015: 225). Diese sollte die im Rahmen des Genfer Abkommens beschlossenen Zugeständnisse umsetzen, die Nordkorea für die Rückkehr in den Atomwaffen-Sperrvertrag und die Aufgabe seines Kernwaffenprogramms zugesichert worden waren (vgl. ebd.). Die KEDO erklärte sich im Gegenzug dazu bereit, Schweröl nach Nordkorea zu liefern sowie den Bau von ausschließlich zivil nutzbaren Leichtwasserreaktoren zu unterstützen (vgl. ebd.).

Im Jahr 1998 vermeldete die *New York Times* unter Berufung auf US-amerikanische Geheimdienstquellen, dass Nordkorea in geheimen Nuklearanlagen weiterhin an Atomwaffen arbeite (Maull, 2004: 94 f.). Die ein Jahr später erfolgten Untersuchungen durch US-Inspektoren konnten aber keine Hinweise auf Kernwaffenaktivitäten liefern. Deshalb sahen sich die USA dazu gezwungen, unter der Bedingung eines Moratoriums für nordkoreanische Raketentests, die teilweise Aufhebung der nationalen Wirtschaftssanktionen gegen Nordkorea bekannt zu geben (vgl. ebd.).

#### 4 Der Werdegang der sino-amerikanischen Beziehungen

Im Folgenden soll die Genese der sino-amerikanischen Beziehungen seit dem Amtsantritt des US-Präsidenten George W. Bush im Jahr 2001 bis zu seinem Amtsende im Jahr 2009 etwas genauer erläutert werden. Den Einstieg des Kapitels bildet die zweite Nuklearkrise im Jahr 2002/03.

##### 4.1 Die zweite Nuklearkrise 2002/2003 unter US-Präsident Bush

Bereits seit Ende des „Kalten Krieges“ ist das umstrittene Atomprogramm Nordkoreas eine Schlüsselfrage im Agenda-Setting der US-amerikanischen Außenpolitik (Hiemann, 2015: 25). Nicht zuletzt auch, weil die USA schon immer als starker Verfechter der Nichtverbreitungs-Norm von Massenvernichtungswaffen (WMD)<sup>25</sup> galten, stand die Regierung in Washington dem Versuch Nordkoreas, nukleare Kapazitäten zu entwickeln, seit jeher kritisch gegenüber (Zhu, 2011: 199). Nach Amtsantritt des neuen US-Präsidenten George W. Bush im Jahr 2001 wurde aber ein neuer Umgang mit dem Regime in Pjöngjang offensichtlich, in deren Folge sich die DPRK einer härteren Gangart ausgesetzt sah, als noch unter Ex-Präsident Bill Clinton (Glaser, 2008: 167). So machte der neue US-Präsident seine Haltung gegenüber Nordkorea schon kurz nach Amtsantritt recht deutlich:

---

<sup>25</sup> Sogenannte nicht-konventionelle Waffen, wie Nuklear-, Chemie- oder Biowaffen (Hiemann, 2015).

„*We will not tolerate nuclear weapons in North Korea. We will not give into blackmail. We will not settle for anything less than the complete, verifiable, and irreversible elimination of North Korea's nuclear weapons program.*“ (in: Hiemann, 2015: 25)

Ausschlaggebend für diese Erklärung war die Verlautbarung Pjöngjangs, ihr „Programm für hochangereichertes Uran“ (HEU) habe „*oberste nationale Priorität*“ (Zhu, 2011: 199). Diese Aussage stellte einen Dorn im Auge der US-Regierung dar, da dieses Verfahren vor allem der Entwicklung von Kernwaffen dienlich ist und somit die Ängste Washingtons vor einem Durchbruch des nordkoreanischen Atomprogramms weiter schürte (Hiemann, 2015: 350 f.). Als Reaktion auf die Ankündigung Nordkoreas setzte Präsident Bush den direkten Dialog mit dem Regime in Pjöngjang bis auf Weiteres aus und holte zum rhetorischen Gegenschlag aus. Wenig später brandmarkte er in seiner „*State of the Union*“-Rede Nordkorea als einen „Schurkenstaat“ („*rogue state*“), der gemeinsam mit den Ländern Iran und Irak als „Achse des Bösen“ („*axis of evil*“) fungiere. Weiterhin müsse auch deren Streben nach „Massenvernichtungswaffen“ verhindert werden (vgl. ebd.).

In diesem Kontext warf er Nordkorea zusätzlich vor, es würde heimlich mit Pakistan zusammenarbeiten, um sich über Umwegen die Atombombe zu verschaffen (Feffer, 2003: 9). Einige Monate später sahen sich die USA auch in ihren Befürchtungen bestätigt: Die US-Regierung verkündete unter Berufung auf Geheimdienstquellen, dass Nordkorea sein Atomwaffenprogramm entgegen den Genfer Konventionen weiterhin betrieben habe, was den Beginn der zweiten Nuklearkrise markierte und das ohnehin schon gespannte Verhältnis zwischen den USA und der DPRK noch weiter verschärfte (Maull, 2004: 96). Pjöngjang erklärte seine Aktivitäten vor diesem Hintergrund als „gerechtfertigt“ und das Land zum Besitz von Kernwaffen aus Gründen der nationalen Sicherheit berechtigt (vgl. ebd.).

Die Offenbarung, möglicherweise im Besitz von Nuklearwaffen zu sein, diene der DPRK zum einen als bewusste Drohgebärde, zum anderen aber auch als Druckmittel gegenüber der US-amerikanischen Regierung. Denn das Kalkül hinter den Provokationen Pjöngjangs bestand vor allem darin, für das Versprechen einer Denuklearisierung im Gegenzug „*guarantees of the normalisation of relations*“ und „*economic assistance*“ zu erpressen (Zhu, 2011: 200). Jedoch fand diese Erpressung-Strategie keinen Anklang bei der Bush-Administration, sondern bewirkte exakt das Gegenteil: Die diplomatischen Beziehungen zu Nordkorea wurden unverzüglich eingestellt. Auf Initiative der USA wurden außerdem wirtschaftliche Repressionsmaßnahmen durch die KEDO beschlossen, indem die Lieferung dringend benötigten Schweröls nach Nordkorea ad hoc gestoppt wurde (vgl. ebd.).

Allmählich erkannte auch die Bush-Regierung die Notwendigkeit einer multilateralen Zusammenarbeit, um einen Ausweg aus der Krise zu finden, und bat schließlich Nordkoreas

Verbündeten China um Hilfe (Glaser, 2008: 165). Die Regierung in Peking entzog sich jedoch ihrer Verantwortung und wies vielmehr Washington die alleinige Verantwortung zur Lösung der Krise zu (vgl. ebd.). Aus Sicht Pekings war nämlich die „*hard policy line*“ der US-Regierung maßgeblich für die angespannte Lage zwischen beiden Ländern verantwortlich:

„*The tense relationship between the United States and North Korea was caused by the United States, and the crisis should be resolved by direct bilateral talks between those two countries.*“ (in: Glaser, 2008: 168)

Chinas Hoffnung auf eine bilaterale Lösung der gegenwärtigen Krise erfüllte sich dagegen nicht. Vielmehr spitzten sich im Dezember des Jahres 2002 die Ereignisse zu: Die DPRK verkündete ihren endgültigen Rücktritt aus dem NPT, verwies die Inspektoren der IAEA des Landes und nahm einen zuvor stillgelegten Reaktor wieder in Betrieb (Maull, 2004: 96). Die US-Regierung gab daraufhin bekannt, fortan auf sämtliche politischen Mittel zu einer friedlichen Beilegung der Krise zu verzichten, und erwog ein militärisches Vorgehen gegen Nordkorea (Zhu, 2011: 200). Im Januar 2003 schien die Eskalation der Krise erreicht zu sein und die Wahrscheinlichkeit einer militärischen Auseinandersetzung auf der koreanischen Halbinsel sehr hoch <sup>26</sup> (vgl. ebd.). In diesem Kontext trat China erstmals öffentlich als „Mediator“ in Erscheinung, wodurch eine militärische Auseinandersetzung gerade noch verhindert werden konnte, aber abermals deutlich machte, wie instabil der Frieden in der Region eigentlich ist (vgl. ebd.)

Wenige Monate später erfolgte eine ernsthafte Annäherung der beiden Großmächte China und USA in der aktuellen Krise, die eigentlich im Rahmen einer Fünfer-Gesprächsrunde stattfinden sollte (Hiemann, 2015: 385). Da sich Nordkorea aber diesen Gesprächen verweigerte, wurde stattdessen ein trilaterales Treffen vorgeschlagen. China unterbrach just in diesem Zeitraum für drei Tage eine wichtige Versorgungspipeline, die Erdöl an Nordkorea lieferte (vgl. ebd.). Offiziell waren dafür „technische Wartungsarbeiten“ ausschlaggebend, was im Nachhinein jedoch, angesichts Nordkoreas großer wirtschaftlicher Abhängigkeit und einer daraus resultierenden Erpressbarkeit durch China, stark angezweifelt werden darf (vgl. ebd.). Die Mischung aus Überzeugung und Druck <sup>27</sup> führte schließlich zum Erfolg und so fanden im April 2003 die ersten „Drei-Parteien-Gespräche“ zwischen den Vereinigten Staaten, China und der DPRK statt (vgl. ebd.). Ziel des Treffens war es, zwischen den festgefahrenen Fronten der beiden „Kontrahenten“ USA und Nordkorea zu vermitteln und beide Seiten wieder an einen Tisch zu bringen (Maull, 2004: 96 f.). Der Leiter der nordkoreanischen

---

<sup>26</sup> In Reaktion auf Nordkoreas Austritt aus dem NPT entsandten die USA den Flugzeugträger USS Carl Vinson nach Südkorea und setzten zahlreiche B-52 und B-1- Bomber in Richtung Guam in Bewegung, um den Druck auf Nordkorea zu erhöhen (Dongjin, 2012).

<sup>27</sup> China stimmte im Februar 2003 für eine IAEA-Resolution, die vorsah, Nordkoreas „*nuclear noncompliance*“ zur Diskussion im UN-Sicherheitsrat zu machen. Zudem wird angemerkt, dass „*China sent various signals to North Korea regarding the Nuclear issue. [...] (they) varied from tactic warning, such as declaratory statements and hints through public media, to tangible policies, such as China’s North Korean refugee policy, counterproliferation exercise participation, and broader-region military deployment*“ (vgl. ebd.).

Delegation bestand aber weiterhin vehement auf einem bilateralen Gespräch mit seinem US-amerikanischen Kollegen und stellte an die Gegenseite zahlreiche Forderungen in Form von: „ [...] *a U.S.-North Korean nonaggression treaty, U.S respect for North Korea's sovereignty, and U.S. willingness not to obstruct the North's economic relations with other countries and relevant international financial institutions*” (in: Dongjin, 2012: 57 f.).

Da aber Washington nicht zu den geforderten Zugeständnissen bereit war, brach Nordkorea die Gespräche bereits am ersten Tag ab und zeichnete sich somit maßgeblich für das Ausbleiben konkreter Ergebnisse verantwortlich (vgl. ebd.). Nordkorea verkündete allerdings im Rahmen der Runde, bereits seit Langem im Besitz von Atomwaffen zu sein und bestätigte damit die Befürchtungen aller Beteiligten (Maull, 2004: 96 f.). Auch wenn erkennbare Resultate im Endeffekt ausgeblieben sind, können die „Drei-Parteien-Gespräche“ im Nachhinein als Startschuss für die kurze Zeit später folgenden „Sechs-Parteien-Gespräche“ betrachtet werden (Glaser, 2008: 169 f.).

#### 4.2 Die „Sechs-Parteien-Gespräche“

Nach dem Austritt Nordkoreas aus dem NVV nahmen die Spannungen auf der koreanischen Halbinsel weiter zu, und so wäre es Anfang März 2003 beinahe sogar zu einer militärischen Auseinandersetzung zwischen den USA und der DPRK<sup>28</sup> gekommen, wenn die Diplomatie Pekings das nicht verhindert hätte (Zhu, 2011: 200). Nordkoreas Ankündigung für einen möglichen Besitz von Kernwaffen, scheint in der Retrospektive nachvollziehbar zu sein, denn die Bedrohungswahrnehmung der DPRK gegenüber den USA bekam durch den kurz zuvor begonnenen Irakkrieg unter Führung der Vereinigten Staaten neue Nahrung (Glaser, 2008: 166 f.). Washington legitimierte den Einsatz im Nahen Osten in Reaktion auf die Anschläge vom 11. September mit dem Argument, die „Verbreitung von Massenvernichtungswaffen stoppen“ und „den Terrorismus bekämpfen“ zu wollen (Hiemann, 2015. 329). Auf der koreanischen Halbinsel schürte diese Mitteilung gewisse Ängste, denn plötzlich stand die realistische Befürchtung im Raum, das nächste Ziel einer US-Intervention zu werden (vgl. ebd.). Diese Einschätzung teilt auch Jonathan Pollack:

*„The terrorist attacks of 11 September further reaffirmed the diminished U.S. policy priority attached to engaging North Korea and strengthened the administration's predisposition to view Pyongyang as a looming danger, not a negotiating partner”* (in: Hiemann, 2015. 329).

---

<sup>28</sup> Vier nordkoreanische Kampfflugzeuge fingen ca. 250 Kilometer vor der eigenen Küste ein US-amerikanisches Aufklärungsflugzeug über der Japanischen See ab und zwangen es zur Umkehr (Harnisch/Wagener, 2009).

Insgesamt lässt sich sagen, dass die Zeit nach den Anschlägen vom 11. September 2001<sup>29</sup> einen merklichen Wandel im Hinblick auf das sino-amerikanische Verhältnis bewirkte. Denn die Gefahr durch den „internationalen Terrorismus“ bestimmte fortan die strategische Ausrichtung der US-amerikanischen Außenpolitik, wie am Beispiel des Irak-Kriegs zu sehen ist (vgl. ebd.). So wurde China vor dem Hintergrund von 9/11 von nun an als „*strategic competitor*“ im Kampf gegen die „globale Gefahr des Terrorismus“ wahrgenommen (Glaser, 2008: 166). Die Chance einer „*constructive relationship with a changing China*“ wurde in der im Jahr 2002 veröffentlichten *National Security Strategy* bekannt gegeben und stand ab sofort für eine vertiefte Kooperation der beiden Großmächte (vgl. ebd.). Auch Peking erkannte die sich in diesem Zusammenhang bietende Möglichkeit, durch eine strategische Partnerschaft mit den USA im gemeinsamen Kampf gegen den „Terrorismus“ die bilateralen Beziehungen zu verbessern, und forcierte eine weitere Zusammenarbeit mit dem „neuen“ Verbündeten (vgl. ebd.).

So trieben China und die USA nach den Erfahrungen der „Drei-Parteien-Gespräche“ die Idee eines multilateralen<sup>30</sup> Forums unter Mitwirkung möglichst vieler nordostasiatischer Staaten gemeinsam voran. Die vertiefte Kooperation fand schließlich wenig später im Rahmen der „Sechs-Parteien-Gespräche“, die auf Vorschlag der Regierung Bush ins Leben gerufen worden waren, ihren vorläufigen Höhepunkt (Glaser, 2008: 167 f.). An diesen nahmen neben den Hauptakteuren Nordkorea, USA und China, auch die Länder Südkorea, Japan und Russland teil (vgl. ebd.). Das erwünschte Ziel dieser Runde war es, Nordkorea zu „denuklearisieren“ und zur Entspannung auf der koreanischen Halbinsel beizutragen (vgl. ebd.). So betonte US-Präsident Bush die Notwendigkeit einer gemeinsamen Zusammenarbeit:

*„We agreed that peace and stability in Northeast Asia must be maintained. Both sides will continue to work towards a nuclear-weapons-free Korean Peninsula and a peaceful resolution of this issue.“* (in: Glaser, 2008: 168).

Da sich die Bush-Administration zu dieser Zeit jedoch weigerte, direkte bilaterale Gespräche mit Vertretern des Regimes in Pjöngjang zu führen, eröffnete sich für China die ungeahnte Chance zur diplomatischen Profilierung und bot sich die Regierung in Peking in den Gesprächen als Mediator an (Zhu, 2011: 195). China präsentierte sich dabei als engagierter Vermittler und bekräftigte abermals sein Interesse, die Nuklearfrage mit diplomatischen Mitteln lösen zu wollen (Zhu, 2011: 195). Die Volksrepublik verfügte hier über eine starke Verhandlungsposition, da sie zum einen auf die breite

---

<sup>29</sup> Bei den Terroranschlägen vom 11. September 2001, steuerten islamistische Selbstmordattentäter vier entführte Flugzeuge unter anderem in die Türme des New Yorker World Trade Centers und auf das US-amerikanische Verteidigungsministerium in Washington. Im Zuge der Anschläge, für die sich das Terrornetzwerk Al-Qaida verantwortlich zeichnete, kamen rund 3000 Menschen ums Leben.

<sup>30</sup> Robert O. Keohane definiert Multilateralismus „*as the practice of coordinating national policies in groups of three or more states, through ad hoc arrangement or by means of institutions*“ (in: Dongjin, 2012).

Unterstützung der internationalen Gemeinschaft zählen konnte und zum anderen auch die einzig Erfolg versprechende Option der USA zu einer schnellen Beilegung der Krise darstellte (vgl. ebd.). China kam vor diesem Hintergrund nicht zuletzt zugute, dass es sowohl gute diplomatische Kontakte mit den USA, als auch mit Nordkorea pflegte, die für einen gelungenen Verhandlungsprozess unverzichtbar sein würden (vgl. ebd.).

#### 4.2.1 Akteure der „Sechs-Parteien-Gespräche“ und ihre Interessen

Um die Ausgangssituation der Gespräche verstehen zu können, ist es wichtig, sich die generelle Interessenkonstellation der beteiligten Akteure zu vergegenwärtigen, die den Verhandlungsverlauf maßgeblich beeinflusst haben. Zur Klärung der vorliegenden Forschungsfrage sind aber primär die politischen Dispositionen der USA, Chinas und Nordkoreas entscheidend:

##### 1.) USA

Seit Ende des Koreakrieges sind die Beziehungen zwischen Nordkorea und den Vereinigten Staaten sehr angespannt. Gerade auch weil die DPRK mit ständigen Drohgebärden und Provokationen auf sich aufmerksam macht, unterhalten beide Seiten bis heute keine nennenswerten diplomatischen Beziehungen, sondern begegnen sich mit Misstrauen an einer vorrangig militärisch geprägten Konfliktlinie – wenngleich es auch bis dato noch nicht zu einer direkten Auseinandersetzung gekommen ist (Yoo, 2014: 91). Trotz dieser schwierigen Ausgangslage ist es beiden Ländern in den vergangenen Jahren aber immer wieder gelungen, partiell zu kooperieren (Hiemann, 2015: 66). Das ist insofern ungewöhnlich, wenn man Nordkorea einmal aus der sicherheitspolitischen Perspektive der USA betrachtet, in deren Risikobewertung drei Faktoren eine entscheidende Rolle spielen. Denn ganz grundsätzlich ist ein nukleares Nordkorea aus Sicht der Vereinigten Staaten absolut inakzeptabel und bedeutet eine ständige Bedrohungslage für Frieden und Stabilität weltweit (vgl. ebd.).

Erstens sehen die USA die DPRK nicht nur als direkte Gefahr für ihre Verbündeten Südkorea und Japan, sondern auch vor allem für ihre eigene, nationale Sicherheit (Glaser, 2008: 173). Da die USA bekanntermaßen seit Langem im Fokus der ballistischen Trägersysteme des Nordens stehen und sich schon des Öfteren den militärischen Drohungen des Regimes ausgesetzt sahen, war das gesteckte Ziel der Bush-Administration für die Gespräche klar: Die USA würden nur zu Verhandlungen bereit sein, wenn Nordkorea eine vollständige, überprüfbare und nicht wieder umkehrbare Denuklearisierung (CVID) seiner bestehenden Atomanlagen sowie seines gesamten Waffenarsenals in Aussicht stellen würde (Zhu, 2011: 208). *„Auf diese Weise soll langfristig verhindert werden, dass Pjöngjang mit nuklearen Sprengköpfen bestückte Raketen gegen die amerikanischen Truppen in Südkorea und Japan sowie gegen die Vereinigten Staaten selbst einsetzen kann“* (Harnisch/Wagener, 2009: 12 f.).

Zweitens stellte eine strikte Eingrenzung nordkoreanischer Proliferationsaktivitäten einen nicht verhandelbaren Punkt in den Augen der Bush-Administration dar. Diese Maßnahme ist notwendig, um die Lieferung waffenfähigen Plutoniums bzw. Nuklearwaffen an erklärte „Schurkenstaaten“ wie den Iran oder Pakistan zu verhindern (Zhu, 2011: 195 f.). In der Risikoanalyse der Bush-Administration wurde auch die Möglichkeit in Betracht gezogen, dass Pjöngjang spaltbares Material direkt an terroristische Organisationen weitergeben könnte, die aus Perspektive Washingtons zu dieser Zeit die größte Sicherheitsbedrohung des Landes darstellten (vgl. ebd.). Durch ein Proliferationsverbot sollte außerdem die Entstehung weiterer Raketenmächte und damit neuer sicherheitspolitischer Herausforderungen für die USA rechtzeitig unterbunden werden (Delury, 2012: 69). Denn mit einer Weitergabe „nuklearen Know-hows“ bestünde die Gefahr, dass Nordkorea verbündeten Staaten hilft, ebenfalls in die Riege der Atommächte aufzusteigen (Hiemann, 2015: 366). Dieses Szenario könnte in der Folge eine Kettenreaktion nuklearer Aufrüstung nach sich ziehen und langfristig die Existenz des NPT infrage stellen (Glaser, 2008: 174).

## 2.) China

Sowohl die Volksrepublik China als auch die USA sehen das Nuklearprogramm Nordkoreas als elementares Problem für die globale Sicherheit an, entscheidend ist aber allein die Herangehensweise beider Länder, eine „Denuklearisierung“ der Koreanischen Halbinsel zu erreichen. Denn hinsichtlich des nordkoreanischen Atomprogramms waren teilweise divergierende Interessen beider Großmächte erkennbar (Glaser, 2008: 173). Während die PCR die Auffassung vertrat, dass dieses Ziel nur mit friedlichen Mitteln erreicht werden könne, stellte für die USA auch ein gewaltsames Ende des Regimes mit militärischen Mitteln eine denkbare Option in den außenpolitischen Überlegungen dar (Glaser, 2008: 167).

Die unterschiedlichen Interessen lassen sich zum Teil durch die verschiedenen Risikoanalysen beider Staaten erklären. Unbestritten ist aber für beide Seiten, dass die Situation auf der Koreanischen Halbinsel das Potenzial besitzt, eine multiple, regionale, wenn nicht sogar globale Krise auszulösen (Zhu, 2011: 195). Von dieser wären in letzter Konsequenz nicht nur die USA, sondern auch China betroffen, denn die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung zwischen den USA und der DPRK würde Frieden und Stabilität im gesamten nordostasiatischen Raum und darüber hinaus gefährden (vgl. ebd.). Die Volksrepublik China sieht vor dem Hintergrund der Nuklearfrage vor allem die Sicherheit des eigenen Landes bedroht und ist daher stark an einer friedlichen Beilegung der Krise interessiert. Ausschlaggebend für Pekings antizipierte Bedrohungslage sind folgende Faktoren, die in Chinas außenpolitischen Überlegungen einen hohen Stellenwert haben:



Erstens befürchtet das Regime in Peking, dass eine Verschlechterung der aktuellen Situation, zu einer Reihe unkontrollierbarer Folgewirkungen führen könnte, die wiederum die Sicherheit der Volksrepublik bedrohen. China weiß um die Konsequenzen, die jede Provokation der nordkoreanischen Seite nach sich ziehen kann. Sollten sich nämlich die Reaktionen auf die Nuklearwaffentests Nordkoreas, durch die internationale Gemeinschaft und ferner durch die USA und China selbst, dauerhaft als wirkungslos erweisen oder ganz ausbleiben, könnte die Situation eine verheerende Kettenreaktion auslösen – ein nukleares Wettrüsten in Nordostasien wäre die Folge (Glaser, 2008: 174 f.). Denn kann die Entwicklung von Kernwaffen gemäß den Statuten des NPT nicht effektiv bekämpft oder verhindert werden, hätte das negative sicherheitsrelevante Auswirkungen auf regionaler sowie globaler Ebene (vgl. ebd.).

Viele Staaten würden sich infolgedessen dazu motiviert fühlen, die Entwicklung von eigenen Nukleararsenalen voranzutreiben, um das eigene Land gegen einen Angriff Nordkoreas zu schützen (vgl. ebd.). Das damit ausgesendete Signal wäre allerdings fatal für die globale Sicherheitsstruktur: Viele Staaten wie Japan oder Südkorea könnten darin die Chance sehen, uneingeschränkt eigene nationale Kernwaffenprogramme aufzunehmen, sollte eine effektive Bekämpfung oder Sanktionierung durch die internationale Staatengemeinschaft nicht erkennbar sein bzw. sich deren Umsetzung als wirkungslos erweisen (vgl. ebd.). Das hätte nicht nur eine schnelle, nukleare Ausbreitung von Kernwaffen zur Folge, sondern würde auch das NPT gänzlich infrage stellen (vgl. ebd.). Ein nukleares Wettrüsten würde darüber hinaus zu einer Reihe geopolitischer und strategischer Probleme führen, von denen zahlreiche Länder Nordostasiens betroffen wären (Zhu, 2011: 195). Die mühsam geschaffene Sicherheitsstruktur, die seit Ende des Zweiten Weltkrieges Bestand hat, wäre durch eine atomare Aufrüstung stark in ihrer Existenz gefährdet (vgl. ebd.). Außerdem gilt es als sicher, dass durch einen einsetzenden Rüstungswettkampf nicht nur sicherheitspolitische, sondern auch wirtschaftspolitische Aspekte betroffen wären.

Peking sieht dabei die Gefahr, dass Differenzen zwischen Washington und Pjöngjang zu einer Eskalation der Lage führen könnten, die u. a. die wirtschaftliche Stabilität Nordostasiens bedrohen würde (vgl. ebd.). An diesem Punkt wäre auch das mit Abstand wichtigste außenpolitische Interesse Chinas betroffen: Denn um die wirtschaftliche Modernisierung des Landes weiter voranzutreiben, benötigt es ein friedliches und stabiles Umfeld (Glaser, 2008: 174). Eine Konfrontation dürfte sich somit nicht zuletzt auch negativ auf das Handels- und Investitionsklima in Nordostasien auswirken (vgl. ebd.). Militärisch bedingte Spannungen könnten den wirtschaftlichen Austausch der nordostasiatischen Staaten zum Erliegen bringen und infolgedessen die gesamte wirtschaftliche Entwicklung der Region auf lange Zeit hemmen (Zhu, 2011: 195).

Ein Einbruch des Wirtschaftswachstums oder eine Destabilisierung der Märkte in den prosperierenden Volkswirtschaften Nordostasiens hätte nicht nur Auswirkungen auf die Wirtschaftsbilanz der PRC, sondern auch noch weiter reichende auf die gesamte Weltwirtschaft (vgl. ebd.). China fürchtet neben einem Einbruch des gesamtwirtschaftlichen Wachstums in Asien nicht zuletzt auch die innenpolitischen Auswirkungen, die eine solche Situation nach sich zöge. Denn spätestens seit der Öffnung des Landes und einer teilweisen Liberalisierung der Wirtschaft unter Staatspräsident Deng Xiaoping haben die Stabilität des Landes sowie stetiges wirtschaftliches Wachstum oberste politische Priorität und dienen dem Regime in Peking als wesentliche Faktoren zum politischen Machterhalt (Dongjin, 2012: 29).

Zweitens steigt mit jeder weiteren „Eskalation“ in der Nuklearfrage auch die Wahrscheinlichkeit eines militärischen Präemptivschlags der US-geführten Allianz gegen Nordkorea (Glaser, 2008: 168). Diese Annahme in den Augen Pekings ist alles andere als unrealistisch, da dieses Szenario während der ersten Nuklearkrise im Jahr 1994 fast zur Realität geworden wäre. Damals erwog US-Präsident Clinton die Option eines Militärschlages gegen die DPRK, der nur durch diplomatisches Geschick des Ex-Präsidenten Carter noch verhindert werden konnte (Zhu, 2011: 198). Eine mögliche militärische Auseinandersetzung Nordkoreas mit den USA würde auch den obligatorischen Beistand der Volksrepublik China zu seinem geografischen Nachbarn erfordern – eine geopolitische Spaltung im nordostasiatischen Raum wäre die absehbare Folge (vgl. ebd.).

In den strategischen Überlegungen der PRC spielt der Gedanke an eine direkte militärische Konfrontation, die durch die Entwicklungen auf der Koreanischen Halbinsel ausgelöst wird, eine entscheidende Rolle. China sieht sich vor diesem Hintergrund insbesondere vor einem Szenario, in dem es zu einem Krieg zwischen beiden „Lagern“ in der Region kommen könnte: Die Verbündeten USA, Südkorea und Japan stünden dann China, Russland und Nordkorea gegenüber – eine militärische Blockbildung wie zu Zeiten des „Kalten Krieges“ wäre die mögliche Folge (Yoo, 2014: 92). Die Konsequenzen einer militärischen Auseinandersetzung mit Beteiligung der beiden Großmächte China und USA wäre angesichts deren gewaltiger Militärarsenale verheerend. Dazu sollte man bedenken, dass in einem solchen Szenario auch der optionale Einsatz von Nuklearwaffen mit einer unübersehbaren Anzahl an Opfern bei Soldaten und Zivilisten infrage käme.

Vor diesem Hintergrund signalisierte Peking bereits im Jahr 1992 eine Neuausrichtung seiner Korea-Politik, indem es seine diplomatischen Beziehungen mit Südkorea vertiefte. Das Bild, wonach die Verbündeten China und Nordkorea einander so nahe stehen wie „*teeth and lips*“, verlor somit ein Stück weit an Glaubwürdigkeit (Delury, 2012: 70). Außerdem drängten Berater der chinesischen

Regierung immer wieder darauf, den Bündnisvertrag aus dem Jahr 1961<sup>31</sup> aufgrund der fortlaufenden Ereignisse aufzukündigen (Glaser, 2008: 169). Dennoch zieht China in der Ausrichtung seiner außenpolitischen Strategien vor allem sicherheitspolitische Aspekte in Betracht, deren Grundlage meist das „worst-case“-Szenario einer militärischen Auseinandersetzung bildet, die aus einer Eskalation in der Nuklearfrage resultiert.

Drittens sieht sich China nicht zuletzt aufgrund seiner geografischen Nähe zu Nordkorea als einer der „Hauptleidtragenden“ einer möglichen Eskalation auf der Koreanischen Halbinsel. Da sich beide Länder eine 1400km lange Grenze teilen, besteht aus Sicht Pekings die Gefahr zum Zielgebiet von Flüchtlingsströmen aus Nordkorea zu werden, was zu weiteren Instabilitäten in der Grenzregion führen würde (Glaser, 2008:168 f.). Die Flüchtlinge könnten infolge eines möglichen Krieges oder aufgrund eines Kollapses der nordkoreanischen Wirtschaft über die Grenze nach China fliehen und sich auf chinesischem Staatsgebiet niederlassen (vgl. ebd.). Deren Aufnahme und humanitäre Versorgung würde demzufolge dann der Regierung in Peking obliegen (Mrosek, 2011: 46). Schon jetzt gibt es eine große nordkoreanische Diaspora<sup>32</sup> in der Grenzregion zu China, die sich durch einen Zuzug zahlenmäßig vergrößern und in ihrem Siedlungsgebiet weiter ausbreiten würde (vgl. ebd.).

Peking trägt dabei Sorge, dass sich die emigrierten Nordkoreaner über kurz oder lang für politisch unabhängig erklären und ein autonomes Staatsgebiet auf chinesischem Territorium proklamieren könnten (Dongjin, 2012: 40 f.). Innenpolitisch musste Peking schon des Öfteren leidvolle Erfahrungen mit autonomen Regionen machen, weshalb es dieses Szenario unbedingt zu verhindern gilt (vgl. ebd.). Somit lässt sich sagen, dass die PRC als Folgewirkung eines möglichen Konflikts nicht zuletzt seine territoriale Integrität gefährdet sieht. Hinzu kommt der Umstand, dass eine Verschlechterung der Situation und ein eventueller Zusammenbruch der politischen Ordnung im Nachbarland eine Kontrolle über dessen Nuklearwaffenarsenal unmöglich werden lässt (Zhu, 2011: 195). Diese Waffen bergen nämlich das Risiko, in die Hand von Terrororganisationen zu fallen, und könnten so auch bei einem möglichen Autonomiestreben der nordkoreanischen Diaspora zum Einsatz kommen (Dongjin, 2012: 40).

Der vierte und letzte „Risikofaktor“ zeigt sich aus chinesischer Sicht abermals auf geopolitischer Ebene. Noch dient die DPRK China als „*buffer zone*“ zwischen dem eigenen Staatsgebiet und dem auf südkoreanischem Territorium stationierten US-Militär, das Südkorea vor Aggressionen der DPRK schützen soll (Zhu, 2011: 192). Sollte dieses Gebiet infolge eines Krieges aber Südkorea oder den USA zufallen, stünden sich die Streitkräfte beider Länder an der nordkoreanisch-chinesischen Grenze

---

<sup>31</sup> Der „Freundschaftsvertrag“ zwischen China und Nordkorea aus dem Jahr 1961 sieht u.a. vor, dass China Nordkorea im „Kriegsfall“ militärisch beistehen und verteidigen wird (Glaser, 2008).

<sup>32</sup> Bezeichnung für eine religiöse/nationale Minderheit sowie für deren Situation (Meyers, 1979).

direkt gegenüber (Dongjin, 2012: 1). Eine weitere Rolle in den geopolitischen Strategien Chinas spielt dabei auch der Gedanke an ein wiedervereinigtes Korea: Gesetzt den Fall einer Wiedervereinigung zwischen Nord- und Südkorea, so bestünde die Möglichkeit, dass die politische Zusammenführung beider Länder unter Führung der USA vollzogen würde (Zhu, 2011: 207). Die Ausdehnung des US-amerikanischen Macht- und Einflussbereiches bis an die Staatsgrenzen der PRC weckt in den strategischen Überlegungen des chinesischen Regimes große Ängste und verstärkt die Bemühungen um eine kooperative und vor allem friedliche Beilegung der nordkoreanischen Nuklearfrage (vgl. ebd.).

### 3.) Nordkorea

Nordkoreas Interessen in den Gesprächen waren relativ klar definiert und lassen sich auf drei Punkte eingrenzen: Erstens erwartete die DPRK, dass die im Rahmen des Genfer Abkommens getroffenen Vereinbarungen umgesetzt werden, die ihr, im Gegenzug für eine Aufgabe ihres Nuklearprogrammes, zugesprochen worden waren (Glaser, 2008: 171). Dazu zählten zum einen die versprochene Lieferung von Leichtwasserreaktoren durch die KEDO und zum anderen das Zugeständnis der Vertragspartner, Nuklearenergie zu zivilen Zwecken nutzen zu dürfen (vgl. ebd.). Neben den ökonomischen Kompensationsleistungen wurden als zweite Bedingung für ein erfolgreiches Gelingen der Gespräche feste Sicherheitsgarantien vonseiten der USA eingefordert (vgl. ebd.). Der dritte „Wunsch“ Nordkoreas beinhaltete die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Regierung in Washington. Bereits in der Vergangenheit hatte das Regime in Pjöngjang Nordkorea wiederholt um direkte bilaterale Gespräche mit den USA gebeten gehabt, was von der Regierung Bush aufgrund Nordkoreas außenpolitischer Aktivitäten aber über lange Zeit verweigert worden war (vgl. ebd.).

Weitere Ziele der nordkoreanischen Verhandlungsposition lassen sich aus der „*desaströsen finanziellen Lage des Landes*“ ableiten (Harnisch/Wegener, 2009: 10 f.). Die DPRK versucht nämlich immer wieder, durch die Androhung seiner nuklearen Kapazitäten einerseits politische als auch wirtschaftliche Zugeständnisse wie die Lieferung von Nahrungsmitteln, Dünger und Schweröl nach Nordkorea zu erpressen (Hiemann, 2015: 99). Andererseits dienen die wiederholten Provokationen auch dem Zweck, sowohl als gleichrangiger politischer Verhandlungspartner mit den USA wahrgenommen, als auch als ernst zu nehmende Atommacht in der Welt anerkannt zu werden (Mrosek, 2011: 13). In der Vergangenheit zeigte sich in den außenpolitischen Strategien der DPRK nach Einschätzung von Experten auch wiederholt der Versuch, durch die wiederkehrenden Drohgebärden die Rücknahme von Sanktionen zu erwirken (Hiemann, 2015: 99). Michael Mazzar fasst die Sicht der DPRK wie folgt zusammen:

*„For North Korea, the nuclear program began a ubiquitous tool of diplomacy and a flexible support system for the North's overriding goal of regime preservation, by drawing world attention to the North, providing access to much-needed foreign investment and political relations, and establishing a firmer power base [...]”* (in: Hiemann, 2015: 119).

#### 4.2.2 Die Verhandlungen in den „Sechs-Parteien-Gesprächen“

##### 1. Runde

Die erste Runde der „Sechs-Parteien-Gespräche“ kann rückblickend insgesamt als Misserfolg gewertet werden (Hiemann, 2015: 386 f.). Schuld daran waren vor allem die beiden Hauptkontrahenten, USA und Nordkorea, die jeweils an ihren Vorstellungen über den nuklearen Abbauprozess festhielten und keinerlei ernsthafte Anstalten unternahmen, sich aufeinander zuzubewegen (vgl. ebd.). Aus diesem Grund kam es auch nicht zu ernsthaften Verhandlungen, da die Interessendivergenzen aller Beteiligten unüberbrückbar schienen – der einzige Konsens bestand in einer friedlichen Beilegung des Atomstreits (vgl. ebd.). Pjöngjang stimmte einer Denuklearisierung seines Landes zu und betonte, dass der Besitz von Atomwaffen lediglich strategischen Zwecken diene und nur von temporärer Notwendigkeit sei, solange die USA ihre „feindselige Politik“ gegenüber der DPRK fortführen würden und sich weigerten, einen Paradigmenwechsel in ihrem Umgang mit dem Regime einzuleiten (vgl. ebd.).

Washington bestand vor der Unterzeichnung des geforderten Nichtangriffspakts und der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Nordkorea darauf, dass zunächst die Forderungen des CVID umgesetzt werden müssten. Das Prinzip des *„words for words, actions for actions“* fand jedoch keinen Ausdruck in einer realpolitischen Umsetzung geschweige denn in einer gemeinsamen Vereinbarung, da beide Akteure zu sehr auf ihren Maximalpositionen beharrten (vgl. ebd.). Insbesondere China versuchte in seiner Rolle als „Vermittler“, die zeitweise festgefahrenen Gespräche am Laufen zu halten, und betonte dabei immer wieder die Übereinkunft aller Beteiligten, eine Denuklearisierung der DPRK voranzutreiben und den bestehenden Konflikt friedlich lösen zu wollen (Harnisch/Wagener, 2009: 22). Auch die Zusicherung der USA, keinerlei Absichten zu hegen, in Nordkorea intervenieren zu wollen oder gewaltsam einen Regimewechsel anzustreben, fand keinen Anklang bei den Verhandlungsführern aus Pjöngjang (vgl. ebd.). Vielmehr verkündete das nordkoreanische Außenministerium im Anschluss an die erste Runde der Gespräche: *„The talks have made us believe that we have no other choice but to strengthen our nuclear deterrent force as a selfdefensive means“* (in: Hiemann, 2015: 391). So war die DPRK vor allem versucht, den Druck auf die anderen Teilnehmer weiter zu erhöhen, indem es seine weitere Teilnahme an den SPT öffentlich infrage stellte (vgl. ebd.).

## 2. Runde

Der zweiten Runde der SPT waren erhebliche Anstrengungen Chinas vorausgegangen, um eine Rückkehr Nordkoreas an den Verhandlungstisch zu bewirken. Mehr als 60 bi- und multilaterale Zusammenkünfte und die Zusage wirtschaftlicher Hilfsleistungen durch China selbst waren der zweiten Runde der Gespräche vorausgegangen, bei denen aber erneut kein Durchbruch erzielt werden konnte (Hiemann, 2015: 393 f.). Allerdings bestand die Hoffnung, die Gespräche dieses Mal zu einem erfolgreichen Ende bringen zu können, denn es gab deutliche Signale für einen gesteigerten Kooperationswillen zwischen Washington und Pjöngjang (vgl. ebd.).

So machten die USA Anstalten, weiter auf das Regime Kim Jong-Ils zugehen zu wollen, während die DPRK ihrerseits den Vorschlag untermauerte, die im Rahmen des Genfer Abkommens beschlossene Verpflichtung, die Plutoniumanlagen „einzufrieren“ („*nuclear freeze*“), erfüllen zu wollen, sollte es im Gegenzug dafür umfassend entschädigt werden (vgl. ebd.). Die Regierung Bush wich aber nicht von ihrem Standpunkt ab, für energiewirtschaftliche Gegenleistungen zuvor eine Umsetzung des CVID sehen zu wollen (Harnisch/Wagener, 2009: 24 f.). Außerdem konfrontierte sie die DPRK mit dem Vorwurf, ein geheimes Urananreicherungsprogramm zu betreiben, was von nordkoreanischer Seite aber zum Teil bestritten wurde – eine friedliche Nutzung der nuklearen Kapazitäten sei das Ziel, nicht aber der Bau von Kernwaffen (Hiemann, 2015: 393 f.).

Das erneute Scheitern der Gespräche ist im Nachhinein nicht zuletzt dem „Zick-Zack-Kurs“ der Bush-Administration zuzuschreiben. Denn so wurde Pjöngjang einerseits signalisiert, an weiteren Gesprächen interessiert zu sein, andererseits wurde im Nachhinein bekannt, dass Präsident Bush noch während der laufenden Verhandlungen verlauten ließ, dass seine Geduld hinsichtlich einer diplomatischen Lösung der Nuklearkrise bald zu Ende gehen könnte (vgl. ebd.). Nichtsdestotrotz wurde die zweite Runde als kleiner Erfolg gewertet, wobei besonders deren institutionenbildender Charakter hervorgehoben wurde:

*„ We haven't gotten where we need to be. But what I am especially pleased about is that we have institutionalized now the process with working groups and we're already getting ready for the next meeting. ”* (US-Außenminister Colin Powell in: Hiemann, 2015: 397).

## 3. Runde

Die Bush-Administration zog nach den ersten beiden Verhandlungsrunden zunehmend den Unmut der anderen Teilnehmer, insbesondere Chinas auf sich, die ihr Unverständnis gegenüber Washingtons „Inflexibilität“ in den Gesprächen äußerten (vgl. ebd.). Der strikte Isolationskurs und die zunehmende Ausübung von Druck durch die US-Delegation drohte Washington fast zum Verhängnis zu werden,

denn dadurch gerieten die USA zunehmend in Gefahr, selbst in den Verhandlungen „isoliert“ zu werden (vgl. ebd.). Zum Kernziel der dritten Runde wurde es schließlich, dem Versuch einer diplomatischen Einbindung des Nordens eine neue Chance zu geben und somit das Scheitern des multilateralen Verhandlungsprozesses abzuwenden (vgl. ebd.). Vor diesem Hintergrund waren die Vereinigten Staaten gezwungenermaßen zu geringfügigen Zugeständnissen in den weiteren Verhandlungen bereit:

Für die vollständige Eliminierung des vorhandenen Nuklearprogramms unter Aufsicht internationaler Beobachter, stellte Washington Pjöngjang im Gegenzug eine provisorische Sicherheitsgarantie sowie erste Schweröllieferungen in Aussicht (Harnisch/Wagener, 2009: 26 f.). Außerdem wurde die Bereitschaft signalisiert, Gespräche über die Aufhebung US-amerikanischer Sanktionen gegen Nordkorea führen zu wollen (vgl. ebd.). Pjöngjang kam seinerseits dem amerikanischen Angebot entgegen und bot an, sein Atomprogramm gegen umfangreiche Hilfszusagen „einzufrieren“, verwehrte sich aber weiterhin einer vollständigen Umsetzung des CVID (Hiemann, 2015: 397 f.).

#### 4. Runde

In der vierten Runde der Gespräche kam es erstmalig zu direkten bilateralen Verhandlungen zwischen Washington und Pjöngjang, in denen beide Staaten auf Augenhöhe ihre Positionen austauschten (Dongjin, 2012: 59 f.). Als problematisch erwies sich aber erneut Nordkoreas Forderung, den durch die KEDO in Aussicht gestellten Leichtwasserreaktor zu erhalten und Kernenergie friedlich zur eigenen Energiegewinnung nutzen zu können (vgl. ebd.). Nordkoreas Ersuchen einer zivilen Nutzung wurde aber sowohl von Moskau als auch Südkorea unterstützt, die dabei an eine Aussage ihres nordkoreanischen Verhandlungspartners anknüpften:

*„North Korea will rejoin the nuclear Non-Proliferation Treaty if the nuclear issue is soundly resolved, and is willing to accept inspections of the International Atomic Energy Agency“* (in: Harnisch/Wagener, 2009: 28 f.).

Doch wie schon einige Male zuvor bildeten die USA die einzige Gegenposition in den Verhandlungen und beharrten darauf, dass der Norden sämtliche Nuklearprogramme aufgeben müsse: *„This is a country that had trouble keeping a peaceful program peaceful“* (in: vgl. ebd.). Während der Treffen kristallisierte sich heraus, dass Pjöngjang und Washington ein gänzlich verschiedenes Verständnis einer „Denuklearisierung“ der Koreanischen Halbinsel hatten. So machte die DPRK vor diesem Hintergrund zur weiteren Bedingung, dass auch die USA in diesem Sinne sämtliche Nuklearwaffen aus Südkorea abziehen und ihre nukleare Schutzzusage für Südkorea zurücknehmen müsse (vgl. ebd.). Der Wunsch nach einer US-amerikanischen Sicherheitsgarantie wurde somit durch einen

entscheidenden Faktor erweitert, der für Washington erwartungsgemäß aber nicht infrage kam. Dennoch kann das vierte Treffen insgesamt durchaus als Erfolg gewertet werden, denn am Ende wurde ein erstes „*Joint Statement*“ verabschiedet, welches sechs entscheidende Programmpunkte enthielt:

Erstens wurde das Ziel einer friedlichen „*verifiable denuclearization*“ erneut von allen Teilnehmern bestätigt (Glaser, 2008: 171). Außerdem erklärte sich Pjöngjang dazu bereit, sämtliche Nuklearwaffen und Nuklearprogramme aufzugeben und wieder dem NPT beizutreten (vgl. ebd.). Die USA sicherten Nordkorea im Gegenzug zu, weiterhin über keine nuklearen Kapazitäten in Südkorea zu verfügen und darüber hinaus auch keine Intentionen zu hegen, „[...] *to attack or invade the DPRK with nuclear or conventional weapons*“ (in: Glaser, 2008: 171 f.). Zweitens sollten die Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen die unveränderliche Leitlinie für die Verhandlungen bilden, wodurch sowohl die Souveränität des jeweils anderen Landes respektiert, als auch ein friedlicher Umgang miteinander gewährleistet werde (Harnisch/Wegener, 2009: 28 f.).

In einem dritten Übereinkommen gaben alle Parteien ihr Bekenntnis ab, ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Norden in den Bereichen Energie, Handel und Investitionen auszubauen und ihn mit Energieträgern beliefern zu wollen (Glaser, 2008: 171). Zusätzlich zu den wirtschaftlichen Hilfszusagen wurde zu Protokoll gegeben, die Lieferung von Leichtwasserreaktoren nach Nordkorea „*to an appropriate time*“ diskutieren zu wollen, was dem Norden die Chance einer zivilen Nutzung der Atomenergie ermöglichen würde (vgl. ebd.) In einem vierten Programmpunkt sollten ferner weitere gemeinsame Anstrengungen unternommen werden, „*for lasting peace and stability in Northeast Asia*“ (Ministry of Foreign Affairs PCR, 2013). Um Frieden und Stabilität zu gewährleisten, sei es darüber hinaus von hoher Relevanz, „*to explore ways and means for promoting security cooperation in Northeast Asia*“, sowie, als fünften Programmpunkt, das Prinzip der Gespräche „*commitment for commitement and action for action*“ zu beherzigen (in: U.S Department of State, 2005). Als sechste und letzte Zusage wurde schließlich die Fortsetzung der inzwischen fünften Runde der „Sechs-Parteien-Gespräche“ für November 2005 bekannt gegeben (vgl. ebd.).

## 5. Runde

Die Zeichen für den Beginn der fünften Runde standen zum wiederholten Male unter keinem guten Stern: Ausschlaggebend dafür war unter anderem, dass kein Konsens in der Umsetzung von Punkt 5 des „*Joint Statement*“ vom 19. September 2005 erzielt werden konnte, da es in der getroffenen Vereinbarung unklar blieb, wer welche Zusage in welchem Tempo zuerst umsetzen solle (Harnisch/Wagener, 2009: 34 f.). Washington hielt vor allem nichts von dem wiederholten Vorschlag Pjöngjangs, sein Nuklearprogramm gegen Hilfsleistungen „*einzufrieren*“ und es so gesehen für eine



Abrüstung zu „belohnen“ (vgl. ebd.). Im Gegenteil: Die USA vertraten weiterhin den Standpunkt, dass zuerst die Bedingung einer kompletten nuklearen Entwaffnung der Koreanischen Halbinsel erfolgen müsse, bevor Hilfsleistungen ihrerseits in die Wege geleitet würden (vgl. ebd.). Vor allem die zaghaften Zwischenschritte der DPRK bei der Implementierung der „Gemeinsamen Erklärung“ erwiesen sich im weiteren Verhandlungsverlauf als Hindernis für eine Erfolg versprechende Fortsetzung der Gespräche (vgl. ebd.).

Die Spannungen zwischen beiden Staaten nahmen im Jahr 2006 weiter zu, denn Nordkorea testete entgegen allen UN-Resolutionen verschiedene ballistische Trägersysteme und zeichnete sich auch für seinen ersten Test eines nuklearen Sprengsatzes verantwortlich (Glaser, 2008: 172). Infolgedessen drohte es, alle bis dato erzielten Bemühungen in der nuklearen Streitfrage zunichtezumachen. Das chinesische Außenministerium zeigte sich von dem geheimen Test überrascht und ließ ungewöhnlich scharf verlauten, dass „*Pyongyang had defied the universal opposition of international society and flagrantly conducted the nuclear test*“ (in: Glaser, 2008: 172). Mit Unterstützung der PRC wurden kurze Zeit später im UN-Sicherheitsrat zwei Resolutionen verabschiedet, die sowohl Handelssanktionen als auch Reiseverbote gegen hochrangige nordkoreanische Regierungsvertreter vorsahen (vgl. ebd.). Chinas Gesandter bei den Vereinten Nationen warnte Nordkorea mit den Worten, „*that no country is going to protect North Korea*“, sollte das Land seine „*provocative behaviour*“ beibehalten (Dongjin, 2012: 19).

Auf der anderen Seite lässt sich auch argumentieren, dass es letztlich gerade diese Ereignisse gewesen sein könnten, die den Druck auf die Teilnehmer der SPT dadurch entscheidend erhöht haben, eine Fortsetzung des multilateralen Formats zu forcieren (Hiemann, 2015: 86). Die Fortsetzung der Gespräche ist aber nicht zuletzt auch auf einen deutlichen Positionswechsel der USA im Streit mit Nordkorea um die Finanzangelegenheiten der Banco Delta Asia (BDA)<sup>33</sup> zurückzuführen, den Nordkorea als maßgeblichen Grund für seinen zuvor erfolgten Boykott der SPT genannt hatte (Harnisch/Wagener, 2009: 37 f.): „*So sei eine Rückkehr an den Verhandlungstisch erst möglich, wenn die Bush-Administration ihre Politik in dieser Frage revidiere*“ (in: vgl. ebd.).

Nach Zugeständnissen der Bush-Administration in dieser bilateralen Auseinandersetzung, die separat von den „Sechs-Parteien-Gesprächen“ geführt werden sollte, gab Pjöngjang sein Einverständnis, die Gesprächsrunde fortsetzen zu wollen (vgl. ebd.). Entscheidend für die Rückkehr der DPRK an den Verhandlungstisch war aber auch der Umstand, dass sich Nordkorea in diesem Kontext einer engen

---

<sup>33</sup> Das US-Finanzministerium verhängte am 15. September 2005 Sanktionen gegen die Banco Delta Asia in Macau. Es stand der Vorwurf im Raum, dass diese von Nordkorea gefälschte Dollar-Noten in Umlauf gebracht habe. In Reaktion darauf, wurden nordkoreanische Konten mit einem Gesamtvolumen von 24 Mio. US-Dollar eingefroren. Außerdem wurde veranlasst, sämtliche Transaktionen der DPRK, die über Macau abgewickelt werden, zu blockieren. Infolgedessen stellten weitere Banken ihre Geschäfte mit dem Regime in Pjöngjang ein, um nicht auch zum Opfer US-amerikanischer Sanktionen zu werden (Glaser, 2008).

Zusammenarbeit zwischen China und den USA ausgesetzt sah (Yoo, 2014: 90). Dennoch gelang es weder den USA noch der DPRK, ihre bereits zuvor geäußerten Meinungsverschiedenheiten beizulegen, auch weil in den am Rande geführten BDA-Verhandlungen lange Zeit konkrete Fortschritte ausblieben und Nordkorea fortlaufend ein Entgegenkommen in den SPT von einer vollumfänglichen Aufhebung der Finanzsanktionen gegen sich abhängig machte (Harnisch/Wagener, 2009: 37 f.).

Darüber hinaus zeigten sich nur mangelnde Fortschritte bei der Implementierung der „Gemeinsamen Erklärung“ und so war es nicht verwunderlich, dass der politische Rückhalt vieler Teilnehmer, die Gesprächsrunde fortzusetzen, allmählich bröckelte (Harnisch/Wagener, 2009: 36 f.). Um das drohende Scheitern der Gesprächsrunde abzuwenden, unternahmen vor allem die Vereinigten Staaten erhebliche Anstrengungen, einen Weg für konstruktive Verhandlungen zu ebnen (vgl. ebd.). In diesem Sinne kam Washington der Forderung Pjöngjangs nach, in einem bilateralen Treffen einen Austausch der jeweiligen Positionen beider Seiten zu ermöglichen, woraufhin ein gemeinsames Treffen zu Beginn des Jahres 2007 in Berlin verabredet wurde (vgl. ebd.).

Aus den Berlin-Gesprächen lassen sich in der Retrospektive zwei Schlüsse ziehen: Erstens lässt sich in deren Zuge die US-amerikanische Nordkorea-Politik als zum Teil gescheitert ansehen, da die Bush-Regierung immer wieder direkte Gespräche mit dem Regime in Pjöngjang abgelehnt hatte und nur deshalb ihre Teilnahme an den multilateralen Verhandlungen bekundete, um direkten bilateralen Treffen mit der DPRK zu entgehen (vgl. ebd.). Zweitens verlor Peking durch den überraschenden „Sinneswandel“ Washingtons seine zentrale Vermittlerrolle in der multilateralen Gesprächsrunde, wodurch es sich auch nicht mehr als „verantwortungsvolle Regionalmacht“ profilieren konnte (Glaser, 2008: 177).

Somit waren die Erfolge der SPT fortan vor allem auf die direkten amerikanisch-nordkoreanischen Konsultationen zurückzuführen (Harnisch/Wagener, 2009: 37 f.). Vor diesem Hintergrund wurden folgende Ergebnisse zur zeitnahen Umsetzung vorgestellt: Erstens verpflichtete sich Nordkorea dazu, den Reaktor und die Wiederaufbereitungsanlage in Yongbyon abzuschalten sowie zur Überwachung der Maßnahmen Inspektoren der IAEA ins Land zu lassen („[...] *shut down and seal the Yongbyon nuclear facility, including the reprocessing facility and invite back IAEA personnel to conduct all necessary monitoring and verifications*“, in: Dongjin, 2012: 60). Zweitens wurde eine Übereinkunft getroffen, wonach die USA und Nordkorea mit Verhandlungen zur Aufnahme weiterer diplomatischer Beziehungen beginnen wollen und Pjöngjang von der Liste der Terrorismus fördernder Staaten gestrichen wird (Harnisch/Wagener, 2009: 37 f.).

Als letzten Punkt verständigten sich die Parteien darauf, in den Bereichen Wirtschaft, Energie und humanitäre Hilfe mit Nordkorea enger zu kooperieren und schnelle energiewirtschaftliche Soforthilfe in Form von Schweröllieferungen zur Verfügung zu stellen (Dongjin, 2012: 60). Um eine zeitnahe und vor allem zeitgleiche Umsetzung der getroffenen Vereinbarungen gewährleisten zu können, wurden Arbeitsgruppen einberufen, die die Fortschritte der Maßnahmen überwachen und den Teilnehmern der Runde Bericht hierüber erstatten sollten (vgl. ebd.). Mit ihrer Einsetzung wurden die „Sechs-Parteien-Gespräche nicht nur weiter institutionalisiert, sondern sie boten auch den entscheidenden Vorteil, unabhängig von den multilateralen Zusammentreffen zu operieren und so eventuellen „Störfeuern“ während der Gespräche entgehen zu können (Harnisch/Wagener, 2009: 37 f.).

## 6. Runde

### 1. Sitzung

Nachdem die erste Sitzung der sechsten Runde ergebnislos abgebrochen worden war, konnte man sich einige Monate später auf eine Fortsetzung der Gespräche einigen. Dem Beginn der finalen Runde war die Weigerung Nordkoreas vorrausgegangen, weitere Verhandlungen über die Umsetzung des geplanten Abbaus seiner Nuklearanlagen zu führen, solange es nicht die 25 Mio. US-Dollar erhielt, die von der BDA auf amerikanischen Druck hin eingefroren worden waren (Harnisch/Wagener, 2009: 39 f.). Ausschlaggebend für die nicht erfolgte Überweisung waren offiziell technische Schwierigkeiten aufseiten der BDA, die in Folge aber nicht nur die Verhandlungen zwischen den Parteien zum Stocken brachte, sondern auch dazu führte, dass die nordkoreanischen Vertreter die Gespräche trotz Bitten des Verbündeten Chinas umgehend verließen (vgl. ebd.).

Während der Fortsetzung der ersten Sitzung konnten die Teilnehmer bereits schnell die ersten Erfolge verbuchen: Nachdem Washington dafür gesorgt hatte, dass Pjöngjang die im BDA-Streit eingefrorenen Gelder erhielt, verkündete die DPRK wenig später, die Reaktoranlagen gemäß den Vereinbarungen der fünften Runde abgeschaltet zu haben – die IAEA bestätigte in Folge die Angaben (vgl. ebd.). Doch obwohl die erste Tranche der zugesagten Schweröllieferungen zeitgemäß nach Nordkorea geliefert worden war, konnten sich die sechs Parteien in den fortlaufenden Gesprächen abermals nicht auf konkrete Schritte zur Offenlegung und Demontage des nordkoreanischen Nuklearprogramms einigen (vgl. ebd.). Beeinflusst wurden die Gespräche zusätzlich auch durch sehr widersprüchliche Signale aus Pjöngjang: Nordkoreas Zusicherung, wonach das Nuklearprogramm bis Ende 2007 vollständig offengelegt und untauglich gemacht werde, deckte sich nicht mit dem drohenden Abbruch der Konsultationen durch die DPRK, der auf bilaterale Streitigkeiten mit der ehemaligen Kolonialmacht Japan zurückzuführen ist (vgl. ebd.).

## 2. Sitzung

Gleich zu Beginn der zweiten Runde wurde von den Teilnehmern eine Übereinkunft für die „*Second Phase Actions for the Implementation of the September 2005 Joint Statement*“ vermeldet. Im Gegensatz zur ersten Runde bestätigte die DPRK dieses Mal, ihr komplettes Nuklearprogramm offenlegen und die entsprechenden Nuklearanlagen unter internationaler Aufsicht zeitnah zurückbauen zu wollen (Dongjin, 2012: 61). Außerdem bekannte sich Nordkorea zu der Verpflichtung, in Zukunft weder nukleare Materialien, entsprechende Technologie noch atomares Know-how zu proliferieren, was als großer Fortschritt der Gespräche gewertet wurde (Harnisch/Wagener, 2009: 39 f.).

Als ein Zeichen des guten Willens, veranlasste Washington im Gegenzug noch während der Gespräche die erste amerikanische Lieferung von Schweröl seit fünf Jahren und bekräftigte seine Absicht, Nordkorea endgültig von der Liste der den Terrorismus fördernden Staaten zu nehmen („[...] *removing North Korea from ist list of state sponsors of terrorism*“, in: Dongjin, 2012: 61). Nach Harnisch/Wegener begann mit der Übergabe der endgültigen nukleartechnischen Erklärung am 26. Juni 2008 „*ein neuer Abschnitt in der Implementierung der Gemeinsamen Erklärung vom 19. September 2005*“. Dieser zielte nämlich nicht mehr nur auf die Stilllegung („*disablement*“), sondern primär auf die Demontage und Rückführung der nordkoreanischen Kernwaffenanlagen und Potenziale („*dismantlement*“) ab (Hiemann, 2015: 87). In diesem Kontext wurde auch die am 27. Juni 2008 öffentlichkeitswirksame Sprengung des Kühlturms für den Reaktor in Yongbyon vollzogen (CNN, 27.06.2008).

## 3. Sitzung

Teil drei der sechsten Runde wurde nach allgemeiner Zustimmung mit einer Einigung auf einen Verifikationsmechanismus eingeläutet, ohne aber einen konkreten Zeitplan bekannt zu geben. In einem gemeinsam verfassten Presse-Kommuniqué der sechs Parteien hieß es dazu lediglich: „*The verification measures of the verification mechanism include visits to facilities, review of documents, interviews with technical personnel and other measures unanimously agreed upon among the six parties*“ (in: Harnisch/Wagener, 2009: 43).

Am Rande eines multilateralen Treffens in Singapur kam es anschließend erneut zu einem Disput zwischen den Kontrahenten USA und der DPRK, dessen Kernpunkt erneut das Verifikationsprotokoll der SPT darstellte (vgl. ebd.). Beide Seiten wiesen sich gegenseitig die Schuld zu, den vereinbarten Verpflichtungen nicht nachgekommen zu sein, was vonseiten der nordkoreanischen Delegation mit folgenden Worten quittiert wurde: „*Verification is not a matter only for us. It's about verifying and*

*monitoring whether all six parties are thoroughly carrying out their obligations*” (in: Nabers, 2009: 169).

#### 4. Sitzung

Nachdem die Frist zur Unterzeichnung des Verifikationsprotokolls verstrichen war und eine Ratifizierung durch die DPRK ausblieb, weigerte sich Washington, seinem Versprechen nachzukommen, Nordkorea von der Liste der den Terrorismus fördernden Staaten zu streichen (Harnisch/Wagener, 2009: 44.). In Reaktion darauf, verfiel Nordkorea in alte Verhaltensmuster und stoppte sämtliche Stilllegungsmaßnahmen seiner Nuklearanlagen. Zudem gab Pjöngjang in diesem Zusammenhang bekannt, Wiederaufbereitungsmaßnahmen in den verbliebenen Nuklearanlagen einleiten zu wollen (vgl. ebd.).

Wenig später änderte das Regime aber seine Strategie, nachdem es zuvor positive Signale aus Washington vernommen hatte, und war bestrebt, einen versöhnlichen Weg einzuschlagen. Im Zuge dessen, lud es zu bilateralen Gesprächen in die nordkoreanische Hauptstadt, bei denen kleine Fortschritte in der aktuellen „Krise“ erzielt werden konnten: So wurde die DPRK endgültig von der Liste der den Terrorismus unterstützenden Staaten genommen, Nordkorea gestattete seinerseits der IAEA die vereinbarten Inspektionen und setzte die Stilllegung des Reaktors in Yongbyon fort (vgl. ebd.). In den darauffolgenden multilateralen SPT konnte aber nicht an den Erfolg des bilateralen Treffens zwischen den USA und der DPRK angeknüpft werden, denn das Verifikationsprotokoll konnte trotz der positiven Vorzeichen nicht verabschiedet werden – auch weil sich die DPRK weigerte, die getroffenen Vereinbarungen, auf die es sich Anfang Oktober mit den USA geeinigt hatte, in einem Vertragswerk festzuhalten und zu unterschreiben (Dongjin, 2012: 61).

#### 4.2.3 Fazit der „Sechs-Parteien-Gespräche“

Nach einem langen Hin und Her im Verlauf der Verhandlungen, kam es erwartungsgemäß bis zum Ende der Amtszeit Bushs zu keinen weiteren Gesprächen oder Vereinbarungen zwischen Nordkorea und den USA (Harnisch/Wagener, 2009: 45). Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Ziel der Runde, Nordkorea zu denuklearisieren und zum Frieden in Nordostasien beizutragen, deutlich verfehlt wurde. Denn am Ende erwiesen sich sowohl das tiefsitzende Misstrauen auf beiden Seiten als auch die divergierenden Interessen zwischen Washington und Pjöngjang als unüberbrückbar und für ein erfolgreiches Gelingen der Gespräche hinderlich (Dongjin, 2012: 66). Weitere Erkenntnisse der multilateralen Gespräche sind, dass sich zwar Chinas Einfluss auf Nordkorea als beschränkt erwies, diesen aber auf internationaler Ebene deutlich stärken und ausbauen konnte (vgl. ebd.). Darüber hinaus offenbarte das Gesprächsformat in dieser Form deutliche Mängel in seiner Funktion als

effektive und machtvolle, regionale Sicherheitsinstitution (vgl. ebd.). Das wird u.a. an dem Umstand deutlich, dass effektive Sanktionsmaßnahmen fehlten, die bei einer „*non-compliance*“ der getroffenen Vereinbarungen gegen Nordkorea hätten beschlossen werden können. Einzig die Maßnahme, wirtschaftliche oder humanitäre Hilfsleistungen nach Nordkorea einzustellen, hatte eine kleine, aber zu vernachlässigende Wirkung auf Pjöngjang, um es dazu zu bewegen, die CVID-Prinzipien realpolitisch umzusetzen.

## 5 Die sino-amerikanischen Beziehungen aus Sicht des Institutionalismus

Auch wenn das primäre Ziel der „Sechs-Parteien-Gespräche“ in der Praxis nicht erreicht werden konnte und konkrete Ergebnisse zur Denuklearisierung ausgeblieben sind, bleibt als abschließende Erkenntnis, dass eine multilaterale Zusammenarbeit in diesem Rahmen durchaus funktionieren kann. Nach Ralph Cossa ist die Nuklearkrise „*a gift from [North Korean leader] Kim Jong-il to advance U.S.-Chinese cooperation*“ (Glaser, 2008: 167). Für die nachfolgende Analyse ist eine Interpretation der erzielten „Ergebnisse“ der Verhandlungen aber weniger relevant. Vielmehr stellt sich angesichts teils divergierender Interessen und Strategien der Akteure China und USA aus politikwissenschaftlicher Perspektive die Frage, *wie sich die Zusammenarbeit beider Länder in der Nuklearfrage aus Sicht des Institutionalismus erklären lässt.*

Denn eine Kooperation zwischen Peking und Washington scheint auf den ersten Blick zunächst einmal sehr unwahrscheinlich anzumuten, was erstens auf die historisch bedingten und ideologisch gewachsenen Differenzen beider Länder, und zweitens auch auf externe Spannungen zurückzuführen ist, die sich über die vergangenen Jahre in verschiedenen Politikfeldern entwickelt haben. So stellte die bis heute ungeklärte Taiwan-Frage<sup>34</sup> schon lange einen großen Streitpunkt in den sino-amerikanischen Beziehungen dar und wurde im Kontext der Nuklearfrage auch immer wieder zum Gegenstand in den Verhandlungen erhoben (Mrosek, 2011: 14). Drittens sprechen sowohl der Machtkampf zwischen China und den USA um die weltweite wirtschaftliche Führungsrolle und die globale, militärische Vorherrschaft als auch territoriale Streitigkeiten im Südchinesischen Meer<sup>35</sup> gegen eine weitergehende Zusammenarbeit beider Großmächte (Kreuzer, 2014: 2).

---

<sup>34</sup> Der rechtliche Status Taiwans ist bis heute ungeklärt. Zwar agiert Taiwan in vielen Bereichen sehr eigenständig, jedoch lässt sich nicht von einer kompletten politischen Unabhängigkeit sprechen. China erhebt aber weiterhin vollumfänglichen Anspruch auf Taiwan. Es strebt außerdem eine „Wiedervereinigung“ beider Seiten an – diese sieht die PCR als Gegenstand nationaler Souveränität und territorialer Integrität. Der Taiwan-Streit ist somit als ein äußerst sensibles Thema in den sino-amerikanischen Beziehungen zu sehen. Taiwan selbst wandte sich vor dem Hintergrund des chinesischen Anspruchstrebens deshalb schon öfters dem direkten „Konkurrenten“ USA zu (inklusive militärischer Unterstützung durch Waffenlieferungen) und verschärfte damit den seit Jahrzehnten andauernden Konflikt (Dongjin, 2012/Mrosek, 2011).

<sup>35</sup> Im Südchinesischen Meer kommt es seit Jahrzehnten zu territorialen Streitigkeiten zwischen den dortigen Anrainerstaaten und der Volksrepublik China, die territoriale Ansprüche auf diverse Inselgruppen und Riffe erhebt und bestrebt ist, die Grenzen ihrer

Hinzu kommt der Umstand, dass die ideologisch begründete und kulturelle Verbundenheit zwischen den „Bruderstaaten“ China und Nordkorea trotz gelegentlicher Unstimmigkeiten weiterhin Bestand hat und für die enge Zusammenarbeit beider Länder ausschlaggebend ist (Dongjin, 2012: 35). Vor diesem Hintergrund kann das nordkoreanisch-chinesische Bündnis als Hindernis gesehen werden, das zusätzlich gegen eine Kooperation Chinas mit Nordkoreas direktem Kontrahenten USA sprechen würde (vgl. ebd.). Die „traditionelle Freundschaft“ zwischen der PRC und der DPRK, die oftmals „*as close as lips to teeth*“ beschrieben wird, speist sich nicht nur aus Pekings offizieller Ideologie, sondern ist insbesondere auch auf wirtschaftliche Faktoren zurückzuführen (Dongjin, 2012: 5). So ist China seit Jahren der Haupthandelspartner Nordkoreas, das mehr als 90 Prozent seiner Brennstoffe sowie ca. ein Drittel der Nahrungslieferungen vom großen Nachbarn bezieht (Glaser, 2008: 173). Des Weiteren zeichnet sich die Volksrepublik China für nahezu 50 Prozent des nordkoreanischen Handelsvolumens verantwortlich – mit weiterhin stark steigender Tendenz. Im Jahr 2008 wuchs das Handelsvolumen beider Staaten schon auf nahezu 2,7 Mrd. US-Dollar (Yoo, 2014: 88). Die PRC sichert sich mit wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen und Investitionen in Sonderwirtschaftszonen nicht nur Macht und Einfluss über das Regime Pjöngjang, sondern ermöglicht damit auch gleichzeitig dessen politisches sowie wirtschaftliches Überleben (Delury, 2012: 71).

Dahingehend könnte man schlussfolgern, es gäbe nichts, was für eine zwischenstaatliche Zusammenarbeit zwischen China und den USA spricht – und so dürften sich auch alle, die diese Ansicht vertreten, bis zum Ausbruch der zweiten Nuklearkrise im Jahr 2003 und Nordkoreas damit verbundenem Rückzug aus dem NPT in ihrer Meinung bestätigt sehen (Glaser, 2008: 168). Denn Chinas Haltung zur Zeit der ersten Nuklearkrise 1993/94, die sich rückblickend als „sehr zurückhaltend“ beschreiben lässt, war eine gänzlich andere als zum Zeitpunkt der zweiten (Dongjin, 2012: 1). Als die damalige „Krise“ zum wiederholten Male zu eskalieren drohte, schritt die PRC vermittelnd ein und zeigte sich als engagierte Großmacht, die gewillt war, die angespannte Situation zu beruhigen und zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln (vgl. ebd.). Ohne Zweifel erkannte die Regierung in Peking vor diesem Hintergrund zunehmend ihre wachsende internationale Verantwortung und die sich ihr bietende Chance, wichtige Probleme der Weltpolitik lösen zu können. Das kann zum Teil den Wandel Chinas von einem „*passive onlooker*“ zum „*chief mediator*“ erklären, ist als Begründung für das gewachsene Engagement der Volksrepublik jedoch bei Weitem nicht ausreichend (Glaser, 2008: 166).

Vielmehr brachte ein verstärktes Engagement der PRC auf internationaler Bühne einige Vorteile mit sich: So steigerte sich durch die Verhandlungen in der Nuklearkrise das politische Ansehen der

---

Hoheitsgewässer zu erweitern – sehr zum Unmut ihrer Nachbarstaaten und auch der USA, die ihrerseits versuchen, die Macht- und Einflussphäre Chinas einzuschränken und die lokalen Verbündeten, nicht zuletzt auch militärisch, zu stärken (Kreuzer, 2014).

Volksrepublik in großem Maße (vgl. ebd.). Das Land im „Reich der Mitte“ wurde fortan als verantwortungsvoller und glaubwürdiger Verhandlungspartner in wichtigen weltpolitischen Fragen wahrgenommen („[...] *to become a responsible stakeholder in the international system*“, in: vgl. ebd.). Aber nicht nur auf internationaler, sondern insbesondere auch auf regionaler Eben erhielt Chinas Ansehen durch sein gesteigertes außenpolitisches Mitwirken einen Schub und vergrößerte dadurch seine Macht- und Einflussphäre in der Region (Zhu, 2011: 195 f.). Den Beweis lieferte Peking wenig später in den beginnenden „Sechs-Parteien-Gesprächen“, in denen es sich als neutraler Moderator und Gastgeber inszenierte (Zhu, 2011: 193). Allerdings darf man in diesem Zusammenhang nicht die außenpolitischen Interessen der Volksrepublik (s. Punkt 4.2.1) vergessen, die diesen Treffen zugrunde lagen. Denn diese sind nach Einschätzung von Feng Zhu klar interessengeleitet und nicht rein aus altruistischen Gründen erklärbar („*Beijing’s mediation role is to a large extent motivated by its own interests*“, in: Zhu, 2011: 195). Somit darf in der Retrospektive auch Chinas Rolle als „neutraler“ Vermittler in den Konsultationen stark in Zweifel gezogen werden.

Abgesehen aber von Chinas gewachsener Reputation, ist auch dieser Faktor nicht ausreichend, um eine Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten in der Nuklearfrage Nordkoreas erklären zu können. Gerade auch weil sich in der Genese der sino-amerikanischen verschiedene Herangehensweisen, wie die Nuklearfrage Nordkoreas zu lösen ist, zwischen beiden Großmächten offenbart hatten, schien eine zwischenstaatliche Kooperation lange Zeit unwahrscheinlich zu sein. Während die PCR bemüht war, die „*balance between entrapment and abandonment*“ zu bewahren, versuchten die USA, eine Denuklearisierung der Koreanischen Halbinsel mithilfe von „*assertive measures, economic sanctions and military action*“ zu erreichen (in: Dongjin, 2012: 4). Dennoch waren die konträren Lösungsansätze beider Länder kein Hindernis, sich gemeinsam auf eine zwischenstaatliche Zusammenarbeit einzulassen.

Die Gründe für eine Kooperation der PRC mit den USA sind vor allem im sicherheitspolitischen Sektor zu finden (Dongjin, 2012: 40). Denn Chinas Engagement in der Beilegung der nuklearen Streitfrage ist ebenso wie die der USA primär den eigenen sicherheitspolitischen Interessen geschuldet, die aus Sicht des Institutionalismus gleichwohl eine zwischenstaatliche Kooperation erforderlich machen (Glaser, 2008: 168). Die „Sechs-Parteien-Gespräche“ boten Peking daher die günstige Gelegenheit, einer Eskalation des Konflikts zwischen den USA und Nordkorea entgegenzuwirken und beide Seiten von unilateralen Aktivitäten abzuhalten:

„*China supports multilateralism and is committed to multilateral cooperation [...] because multilateralism is an effective way to deal with common challenges for humanity, while unilateralism proves to be not popular*“ (Außenminister Li Zhaoxing, in: Dongjin, 2012: 54).



In der Entwicklung der zweiten Nuklearkrise betonte China wiederholt die Bedeutung einer nuklearen Nichtverbreitungspolitik sowie regionaler Sicherheit und Stabilität („[...] *importance of nuclear non-proliferation and regional security*“, in: Dongjin, 2012: 6). Regionale Stabilität zu wahren, ist für die PRC eine notwendige Voraussetzung für eine kontinuierliche wirtschaftliche Entwicklung des Landes, die seit Jahren oberste Priorität im Agenda-Setting der chinesischen Außenpolitik einnimmt (Glaser, 2008: 174). Der Erhalt der regionalen Sicherheitsarchitektur und des Friedens in der Region, die durch die nuklearen Ambitionen Nordkoreas massiv bedroht werden, stellen indiskutable Punkte für eine erfolgreiche nordostasiatische Sicherheitspolitik dar (Dongjin, 2012: 56). Denn durch das Nuklearprogramm der DPRK wächst die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung zwischen Washington und Pjöngjang: Durch einen Präemptivschlag der USA wäre nicht nur der Frieden in Nordostasien stark gefährdet, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung der Region auf lange Zeit gehemmt (Dongjin, 2012: 34).

Zudem ist nicht abzusehen, wie China im Falle einer direkten Eskalation reagieren würde, denn noch ist der „Freundschaftsvertrag“ mit Nordkorea von 1961 von chinesischer Seite nicht aufgekündigt und die PRC trotz anders lautenden Aussagen formal zum militärischen Beistand für den „Bruderstaat“ verpflichtet (Mrosek, 2011: 21). Außerdem wächst im Falle einer Eskalation der Nuklearfrage die Sorge Pekings, zum Zielgebiet von Flüchtlingen zu werden, die infolge eines Zusammenbruchs der politischen Ordnung oder eines Krieges auf chinesisches Territorium fliehen würden (Dongjin, 2012: 38). Und auch nicht zuletzt die Möglichkeit, Nordkorea als „*buffer zone*“ gegenüber den US-amerikanischen Truppen in Südkorea zu verlieren, bedeutet ein nicht vorstellbares Szenario in den außenpolitischen Überlegungen der PRC (vgl. ebd.).

Im direkten Vergleich mit den sicherheitspolitischen Interessen der USA spielen für China deutlich mehr Faktoren eine mögliche Rolle, was aber vor allem der geografischen Nähe zu Nordkorea geschuldet ist. Einig sind sich jedoch beide Großmächte vor allem in dem Punkt, ein deutliches Signal gegen nukleare Aktivitäten weltweit zu setzen und dadurch die Prinzipien des NPT zu stärken (Mrosek, 2011: 26). Infolgedessen soll die Entstehung einer atomaren Kettenreaktion verhindert werden, in deren Zuge andere Staaten wie Japan oder Südkorea die Entwicklung eigener Atomprogramme verfolgen und demnach zusätzliche sicherheitspolitische Herausforderungen für beide Seiten darstellen würden (Dongjin, 2012: 34).

In der Risikoanalyse der US-Regierung ist darüber hinaus entscheidend, die Proliferation spaltbaren Materials, nuklearen Know-hows oder von Kernwaffen an Drittstaaten und insbesondere an terroristische Organisationen zu unterbinden. Nach den Ereignissen von 9/11 bekam insbesondere die Strategie, eine Weitergabe von WMD an Terrorgruppen rechtzeitig zu verhindern, absolute Priorität in den außenpolitischen Strategien der Bush-Administration (Zhu, 2011: 195 f.). Schon seit Jahrzehnten

sehen die USA die DPRK außerdem als direkte Gefahr für ihre nordostasiatischen Verbündeten Japan und Südkorea und ferner auch für ihre dort stationierten Truppen (Glaser, 2008: 173). Im Übrigen stehen die Vereinigten Staaten seit Langem selbst im Fokus der nordkoreanischen Raketenarsenale und sehen daher die nordkoreanischen Militär- und Nuklearaktivitäten als ein untragbares Risiko nicht zuletzt für ihre eigene Sicherheit (vgl. ebd.). Der nicht unrealistische Einsatz von ballistischen Trägersystemen mit nuklearen Sprengköpfen die gegen sich oder seine Verbündeten gerichtet werden, bedeutet für Washington eine nicht hinnehmbare Gefahr, weshalb es seinerseits sehr um eine friedliche Beilegung der Krise bemüht ist (Harnisch/Wagener, 2009: 12 f.).

### 5.1 Eine institutionalistische Analyse

Da aus Sicht des Institutionalismus Institutionen vor allem den Interessen ihrer Mitglieder dienen, war die Gründung einer Gesprächsrunde wie den „Sechs-Parteien-Gesprächen“ mit institutionellem Charakter die logische Konsequenz einer zwischenstaatlichen Zusammenarbeit zwischen Washington und Peking (Hiemann, 2015: 40). Denn weil China und die USA zum Teil gemeinsame Interessen teilten, die in enger Verbindung mit den nordkoreanischen Nuklearambitionen stehen, waren beide Länder sehr an einer gemeinsamen Zusammenarbeit interessiert. So bewertet Hiemann die sino-amerikanischen Beziehungen vor diesem Hintergrund wie folgt:

*„Dass die US-Nordkoreapolitik durch die internationale Macht- und Einflussverteilung [...] oder durch den Institutionalisierungs- und Kooperationsgrad globaler oder regionaler Sicherheitsbeziehungen (hier etwa in Gestalt der 2003 aufgenommenen Sechsparteiengespräche) zuweilen maßgeblich beeinflusst worden ist, erscheint plausibel“* (Hiemann, 2015: 40).

Sowohl die USA als auch die PRC können in diesem Kontext als egoistisch-zweckrationale Staaten betrachtet werden, die versuchen, ihren eigenen Interessen Rechnung zu tragen und in Folge ihre präferierten Ziele zu erreichen. Das gemeinsame Ziel kann in den sino-amerikanischen Beziehungen insbesondere darüber definiert werden, dass beide Staaten ein existenzielles Interesse daran haben, ihre nationale Sicherheit zu verteidigen, die durch das nordkoreanische Nuklearstreben gefährdet zu sein scheint. Aus diesem Grund entscheiden sich die USA und China schließlich zu einer zwischenstaatlichen Zusammenarbeit, um das gemeinsame Problem der nordkoreanischen Nuklearfrage leichter und effizienter lösen zu können. So sah der US-Präsident Bush die zweite Nuklearkrise als *„ [...] a chance for the United States and China to work very closely together to achieve that vision of a nuclear weapons-free peninsula“* (in: Glaser, 2008: 168).

Damit entspricht das zu beobachtende Verhalten zwischen Washington und Peking durchaus der institutionalistischen Sichtweise auf das Agieren von Staaten im internationalen System. Denn

Institutionalisten vertreten die Ansicht, dass Unsicherheiten und Ineffizienzen im internationalen System überwunden werden können, indem sich Staaten zu einer gemeinsamen Kooperation zusammenschließen, wie es zwischen China und den USA zu beobachten ist (Schimmelfennig, 2015: 90 f.). Dabei sind vor allem die zentralen Strukturmerkmale des Institutionalismus, eine zwischenstaatliche Interdependenz und internationale Regime, dienlich. Denn diese reduzieren einerseits die existenzielle Unsicherheit und ermöglichen es den Staaten andererseits, ihre präferierten Ziele zu verfolgen (vgl. ebd.). So lobte der damalige US-Außenminister Colin Powell die neue Zusammenarbeit („*constructive relationship with that China*“) mit dem neuen starken Partner („*strong, peaceful, and prosperous China*“) und betonte wiederholt die gemeinsamen Herausforderung beider Länder („*our common interests with China into solid and productive cooperation over the challenges posed by North Korea*“ (in: Glaser, 2008: 170).

Die interdependenten Strukturen zwischen China und den USA zeigen sich vor allem an der Tatsache, dass die USA durch eine bilaterale Kooperation mit Nordkorea allein keine verbindlichen Abkommen treffen konnten, die zu einer Denuklearisierung der Koreanischen Halbinsel beigetragen haben und deshalb auf eine Zusammenarbeit mit Nordkoreas Verbündeten China angewiesen waren (Mrosek, 2011: 87). Für China als Verbündeten in einer multilateralen Gesprächsrunde wie den SPT sprach erstens dessen starke Verhandlungsposition, die aus einer breiten Unterstützung der internationalen Gemeinschaft resultierte (Zhu, 2011: 200). Zweitens stellte die chinesische Regierung aus Sicht Washingtons, aber auch die einzig Erfolg versprechende Option zu einer schnellen Beilegung der Krise dar (vgl. ebd.). Nicht zuletzt die guten diplomatischen Kontakte Chinas zu den USA, wie auch zu seinem geografischen Nachbarn Nordkorea, erwiesen sich als Vorteile für eine aktive Rolle als Vermittler in der nuklearen Streitfrage (vgl. ebd.).

Auf der anderen Seite ist aber auch eine gewisse Abhängigkeit Chinas von den USA zu erkennen: Diese Abhängigkeit zeigte sich vor allem an dem Umstand, dass die PCR schon des Öfteren von einem umsichtigen Agieren der U.S.-amerikanischen Seite hinsichtlich der nordkoreanischen Nuklearfrage abhängig war. Denn wie sich während der zweiten Nuklearkrise im Jahr 2002/2003 zeigte, stand man auf der Koreanischen Halbinsel kurz vor einer Eskalation der Krise – verbunden mit der Gefahr eines Präemptivschlags durch die USA und allen damit einhergehenden Konsequenzen für Nordostasien sowie im Besonderen für die Sicherheit der Volksrepublik China (Zhu, 2011: 200). Eine Kooperation mit den Vereinigten Staaten bot Peking daher die günstige Gelegenheit, einer Eskalation des Konflikts zwischen den USA und Nordkorea entgegenzuwirken und beide Seiten von unilateralen Aktivitäten abzuhalten. Aus diesem Grund vertiefte die PRC im Verlauf der Konsultationen auch zunehmend die Zusammenarbeit mit den USA:

So betonte Peking auf dem 10. Nationalkongress im März 2003 die Notwendigkeit einer vertieften Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten („[...] *that (it) will stand shoulder to shoulder with great powers such as the U.S. [...]*“, in: Dongjin, 2012: 32). Das neue chinesische Anspruchsdenken in der internationalen Politik wurde wiederholt in der außenpolitischen Ausrichtung des Landes hervorgehoben. So bekräftigt auch Jeong Dongjin Pekings Strategie, wonach “[...] *the way to be a superpower in the U.S.-centric international system is to cooperate with other countries through multilateral institutions*” (in: vgl. ebd.). Einen zusätzlichen Anstoß für eine vertiefte Kooperation mit den USA bot außerdem Chinas Abhängigkeit in politischen und wirtschaftlichen Sphären. Denn politisch gesehen, braucht Peking Washington: Denn die USA beanspruchen die Führungsrolle in der gemeinsamen Allianz mit Japan und Südkorea für sich und können damit ihren Einfluss auf die politischen und militärischen Entscheidungen ihrer Verbündeten geltend machen – gerade im Hinblick auf eine mögliche nukleare Kettenreaktion, die durch Nordkoreas Atomprogramm hervorgerufen wird, kommt dieser Umstand zum Tragen (Yoo, 2014: 86). In diesem Kontext argumentiert Hiemann, dass

*„[...] sich die USA zur Diplomatie mit Nordkorea gedrängt sahen (und) auf das interdependente Handlungsspielfeld hinweisen, auf dem Akteure wie China [...] ein fundamentales Interesse an der diplomatischen Aushandlung des Atomkonflikts hatten, dem die US-Regierung Rechnung zu tragen hatte“* (Hiemann, 2015: 40).

In wirtschaftlicher Hinsicht spielen neben einem starken volkswirtschaftlichen Austausch und Verflechtungen im Handel sowie dem Investitionsbereich, auch die energiepolitischen Hilfsleistungen an Nordkorea, die im Rahmen des Genfer Rahmenabkommens beschlossen worden waren, eine nicht zu vernachlässigende Rolle in den sino-amerikanischen Beziehungen (Mrosek, 2011: 15). Denn so zeichneten sich die USA als einer der Hauptgeldgeber für die Finanzierung der energiewirtschaftlichen Entschädigungen und humanitären Hilfsleistungen an Nordkorea verantwortlich (Mrosek, 2011: 70). Somit lässt sich festhalten, dass die politische, wirtschaftliche und insbesondere sicherheitspolitische Interdependenz zwischen Washington und Peking den Bedarf an internationaler Kooperation auf beiden Seiten erhöht hat, was schließlich in der gemeinsamen Gründung der KEDO, der Einberufung der „Drei-Parteien-Gespräche“ oder wie zuletzt in den multilateralen „Sechs-Parteien-Gespräche“ mündete (Hiemann, 2015: 40).

Sowohl in den „Drei-Parteien“-, als auch in den „Sechs-Parteien-Gesprächen“ lässt sich erkennen, dass das sino-amerikanische Verhältnis auf Grundlage dieser regelmäßigen zwischenstaatlichen Konsultationen erklärt werden kann. Eine Interdependenz und eine gemeinsame Interessenlage zwischen Washington und Pjöngjang waren durch das gemeinsame Ziel, eine Denuklearisierung Nordkoreas zu erreichen, gegeben und fanden letztendlich in der gemeinsamen Gründung der KEDO,

der „Drei-Parteien-Gespräche“ oder den SPT ihren institutionellen Ausdruck. Kennzeichnend für eine fortschreitende Institutionalisierung der sino-amerikanischen Zusammenarbeit sind nicht zuletzt die regelmäßigen Treffen im Rahmen der multilateralen „Sechs-Parteien-Gespräche“ („[...] *China offered a configuration for a working group to regularize the talks*“, in: Dongjin, 2012: 62). Auch die gleichbleibenden Akteure und ein weitestgehend fester Versammlungsort sprechen für einen zunehmenden Institutionalisierungsgrad in der Kooperation beider Großmächte.

Institutionalisten argumentieren darüber hinaus, dass internationale Institutionen dabei helfen können, die Transaktionskosten, die Staaten beispielsweise bei Kontroll- oder Sanktionsverfahren entstehen können, zu senken, diese gerecht zu verteilen und darüber hinaus Informationen über die jeweiligen Akteurs-Präferenzen bereitzustellen (Schimmelfennig, 2015: 90 f.). Außerdem können sie die eingegangenen Verpflichtungen der involvierten Parteien überwachen und Fehlverhalten sanktionieren. In einer institutionalistischen Analyse der sino-amerikanischen Beziehungen ist festzustellen, dass sowohl China als auch die USA maßgeblich daran beteiligt waren, ein festes und dauerhaftes Gesprächsformat (SPT) zu etablieren und eine Organisation (KEDO) zu gründen, die dabei helfen, die Nuklearfrage Nordkoreas friedlich, effektiv und zu beiderseitigem Vorteil zu lösen.

Zwischenzeitlich stand sogar die Überlegung im Raum, die „Sechs-Parteien-Gespräche“ als feste multilaterale Sicherheits-Institution in Nordostasien zu etablieren („[...] *that the Six-Party Talks should be the starting point of a Northeast Asian multilateral security institution*“, in: Dongjing, 2012: 62). Der Gedanke an eine dauerhafte regionale, multilaterale Gesprächsrunde, die Sicherheit und Entwicklung garantiert, scheint nicht weit hergeholt, denn die SPT boten allen Beteiligten gleichermaßen eine institutionalisierte Plattform für einen gegenseitigen Austausch ihrer Interessen (vgl. ebd.). Die sechs Parteien konnten in diesem Kontext ihre jeweiligen Interessenpräferenzen aufzeigen, diese mit der Gegenseite in Diskussionen argumentativ auszutauschen und im Optimalfall eine Konsensfindung unter Vermittlung Chinas herbeiführen.

Die Gespräche schafften nach Harnisch/Wagener eine „gefestigtere Vertrauensbasis“ zwischen allen Anrainerstaaten Nordkoreas, weil diese u.a. „zusätzliche Informationen über mögliche Aufrüstungsintentionen erhielten“ (Harnisch/Wagener, 2009: 55). Peking und Washington profitierten dabei in gleichem Umfang von einer zwischenstaatlichen Kooperation, da durch die multilaterale Zusammenarbeit ihre Transaktionskosten, die zum Beispiel durch die Überwachung zur Implementierung des „*Joint Statement*“ aus dem Jahr 2005 hervorgerufen wurden, minimiert und zwischen den anderen Parteien gleichmäßig verteilt werden konnten (Harnisch/Wagener, 2009: 53).

Außerdem bestand die Chance für alle Parteien, substanzielle Kooperationsgewinne zu erzielen: Diese lassen sich in der sino-amerikanischen Zusammenarbeit insbesondere über eine schrittweise zu

erfolgende Denuklearisierung der Nordkoreanischen Halbinsel definieren, die Frieden und Stabilität in Nordostasien bewahrt. Demnach bot eine multilaterale Zusammenarbeit die Möglichkeit, (relative) Gewinne zu erwirtschaften, indem einer Eskalation in der Nuklearfrage vorgebeugt und somit den weitläufigen Sicherheitsinteressen der Parteien entsprochen wird:

*„Die Zunahme der Kooperationspartner erhöhte die Chancen der beiden Hauptkontrahenten, durch die Teilnahme Südkoreas, Chinas und Japans die Höhe und Stabilität der potenziellen Kooperationsgewinne (wie) sicherheitspolitische Stabilisierung, Normalisierung und finanzieller Ausgleich [...] zu steigern.“* (in: Harnisch/Wagener, 2009: 52).

Die Einsetzung der Arbeitsgruppen in Runde fünf der „Sechs-Parteien-Gespräche“ war ein weiterer Schritt, die Einhaltung und Überwachung der beschlossenen Vereinbarungen und Maßnahmen zu überwachen und zu einer weiteren Institutionalisierung der multilateralen Gesprächsrunde beizutragen. Somit konnten die involvierten Parteien durch eine weitere Arbeitsteilung ihre relativen Kostenvorteile nutzen, indem die vereinbarten Anreizstrategien gegenüber Pjöngjang durchgesetzt werden. Harnisch/Wagener beschreiben die Maßnahme wie folgt:

*„Mit der Einsetzung der Arbeitsgruppen, die innerhalb von 30 Tagen ihre Arbeit aufnehmen sollten, wurden die Sechsparteiengespräche weiter institutionalisiert. Von Vorteil dürfte dabei sicherlich sein, dass sie den Delegationsleitern der sechs Parteien zwar Bericht erstatten, letztlich aber unabhängig von den Sechsparteiengesprächen tagen.“* (in: Harnisch/Wagener, 2009: 38).

So gesehen sind die SPT nunmehr als feste Koalitionsbildung für den UN-Sicherheitsrat zu betrachten (vgl. ebd.). Die im Rahmen des etablierten Sanktionsregimes der Vereinten Nationen dort verabschiedeten Sicherheitsratsresolutionen Nummer 1695 und 1718 gegen Nordkorea bilden in diesem Zusammenhang außerdem einen Ausgleich zu den fehlenden Sanktionsmechanismen der „Sechs-Parteien-Gespräche“ (vgl. ebd.). Denn wie im Verlauf der Verhandlungen offensichtlich wurde, gab es zwar in Form der Arbeitsgruppen einen Kontrollmechanismus mit institutionellem Charakter, der die Einhaltung und Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen überwacht, aber dennoch kein effektives Sanktionsregime, wie es aus theoretisch, institutionalistischer Perspektive zu erwarten gewesen wäre.

## 6 Fazit

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Theorie des Institutionalismus die sino-amerikanische Zusammenarbeit in der Nuklearfrage sehr gut beantworten kann, da auf beiden Seiten sowohl gemeinsame Interessen („Winsets“), interdependente Strukturen, die Erwartung auf gemeinsam zu

realisierende Gewinne als auch die „Gründung“ einer Institution (SPT/KEDO) zu beobachten ist, die geschaffen wurden, um die präferierten Ziele beider Länder leicht und effektiv umzusetzen. Der entscheidende Faktor für eine zwischenstaatliche Kooperation beider Länder stellt dabei die Wahrung der eigenen sicherheitspolitischen Interessen dar, die durch das nordkoreanische Nuklearprogramm gefährdet scheinen.

Auch wenn im Rahmen der sino-amerikanischen Kooperation weder die institutionalisierten Gesprächsformate („Drei-Parteien-Gespräche“/SPT), noch die Gründung der KEDO dazu beitragen konnten, Nordkorea zu einer vollständigen nuklearen Abrüstung und zur Aufgabe seines Atomprogramms zu bewegen, zu erreichen, kann die jüngste Zusammenarbeit zwischen Washington und Peking dennoch als Erfolg gewertet werden: „*This whole six-party process has done more to bring the U.S. and China together than any other process I'm aware of*“, sagte Christopher Hill, US-Chefunterhändler für die „Sechs-Parteien-Gespräche“ im Jahr 2007 (Glaser, 2008: 165). Unzweifelhaft lässt sich vor diesem Hintergrund festhalten, dass die erfolgreiche Kooperation in der Nuklearfrage auch die sino-amerikanischen Beziehungen in erheblichem Maße gefördert hat (vgl. ebd.). Die Gefahr, die vom nordkoreanischen Nuklearprogramm ausgeht, erwies sich so gesehen als politischer „Glücksfall“ und Vorbild für eine weitere zwischenstaatliche Kooperation beider Länder in globalen Sicherheitsfragen. Die USA und China nutzten die seltene Gelegenheit, die über Zeit gewachsenen sino-amerikanischen Beziehungen unter Beweis zu stellen und sich über eine internationale Sicherheitsfrage von hoher Relevanz zu profilieren.

Trotz „Ermangelung konkreter Ergebnisse“ in Folge von sechs Verhandlungsrunden scheinen sowohl die USA als auch China an einer weiteren multilateralen Zusammenarbeit interessiert zu sein. Nach Harnisch/Wagener würde „*Ein Scheitern der Sechsparteiengespräche [...] (auch) offenbaren, dass China seiner Ambition, in eine kooperative regionale Führungsrolle hineinzuwachsen, nicht gerecht werden kann*“, weshalb Peking allein schon deshalb an einer bloßen Fortführung der SPT interessiert ist (Harnisch/Wagener, 2009: 15). Sollte es der PRC in diesem Kontext gelingen, die multilateralen Gespräche fortzusetzen, dann dürfte es als „Patron der DPRK“ auf absehbare Zeit ein unverzichtbarer Kooperationspartner für Washington bleiben (vgl. ebd.). Gleichzeitig dürfte dadurch auch der Fortbestand einer sino-amerikanischen Kooperation in globalen Sicherheitsfragen gewährleistet werden.

Allerdings bleibt im Fall Nordkorea fraglich, wie stark Chinas Einfluss auf Nordkorea tatsächlich noch ist. Denn China musste im Rahmen der SPT wiederholt zur Kenntnis nehmen, dass sein Einfluss auf Pjöngjang beschränkt ist. Denn so zog sich die DPRK im Januar 2003 aus dem NPT zurück, obwohl China die getroffenen Maßnahmen des Genfer Rahmenabkommens unterstützte. Einen weiteren Beweis lieferte der Nukleartest vom 9. Oktober 2006: Kim-Jong-Il gab den international

höchst umstrittenen Test in Auftrag, obwohl sich die chinesische Regierung zuvor klar dagegen ausgesprochen hatte (UN, 14.10.2006). In Reaktion darauf ging die PRC in Opposition zu ihrem „kleinen Bruder“ und signalisierte vielmehr ihre Unterstützung für die UN-Sicherheitsratsresolution Nummer 1718 – wenngleich sie sich auch gegen eine militärische Aktionen gegen ihren Nachbarn aussprach (vgl. ebd.).

Trotz eines erneuten Atomtests Nordkoreas im Mai 2009 knüpfte der Bush-Nachfolger Barack Obama, an den kooperativen Politikstrang der Vorgängerregierung an, wobei die „alten Forderungen“ Washingtons an Pjöngjang aber weitestgehend unverändert blieben: Die USA würden weiterhin an den Prinzipien des CVID festhalten, um das nordkoreanische Nuklearprogramm zu beenden (Harnisch/Wagener, 2009: 13). Außerdem müsse es das Ziel bleiben, zu verhindern, dass Pjöngjang nukleares Material proliferiere, und die amerikanische Westküste vor Raketen aus Nordkorea zu schützen (vgl. ebd.). Zudem signalisierte die neue Regierung weiterhin ihre Bereitschaft für eine Zusammenarbeit mit Pjöngjang im Rahmen der SPT. So stellte die damalige Außenministerin Hillary Clinton in Bezug auf einen möglichen Fortgang der sino-amerikanischen Zusammenarbeit fest: „*With respect to North Korea, I think the Six-Party Talks are essential*“ (REUTERS, 27.01.2009).

Da ein gemeinsames Interesse an einer Fortsetzung der sino-amerikanischen Kooperation zu bestehen scheint, ist es allerdings wichtig, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen: Für eine zukünftige Kooperation in der Nuklearfrage Nordkoreas, wie auch in anderen sicherheitspolitischen Problemfeldern, sollten sich beide Seiten darüber einig sein, welche Strategie verfolgt werden sollte, das gemeinsame Ziel zu erreichen. Demzufolge müssen Washington und Peking in Zukunft ihre Interessen und Methoden noch genauer miteinander abstimmen, um gemeinsam an einem „Strang ziehen“ und dadurch eine Lösung herbeiführen zu können. Zweitens ist es elementar, dass sich China dauerhaft zu seiner Verantwortung im internationalen System und insbesondere in globalen Sicherheitsfragen bekennt. Nicht nur in Bezug auf Nordkorea, sondern auch bezogen auf andere „Krisenherde“ der Welt, muss die PRC ein stärkeres Eigenengagement an den Tag legen und sollte nicht nur dann in Erscheinung treten, wenn ihre eigenen Interessen betroffen sind. Es bleibt zu wünschen, dass China seine durch die Verhandlungen gewachsene Reputation als Ansporn nimmt, sein Mitwirken in wichtigen, weltpolitischen Fragen weiter zu forcieren.

Drittens sollten beide Länder ihre Differenzen in anderen „Spannungsfeldern“ nicht weiter zum Gegenstand in den Verhandlungen machen, sondern ihren Fokus allein auf die Lösung der nordkoreanischen Nuklearfrage richten. Ein Mangel an Vertrauen und Argwohn auf beiden Seiten erwiesen sich in der Vergangenheit nämlich schon des Öfteren als ein ernstzunehmendes Hindernis in der gemeinsamen sino-amerikanischen Zusammenarbeit und standen einer erfolgreichen Kooperation wiederholt im Wege. Deshalb sollten die bilateralen Verbindungen zwischen Washington und Peking



in Zukunft durch häufige Kommunikation, offene Treffen und das gegenseitige Vertrauen gestärkt werden. Angesichts der aktuellen Entwicklungen auf der Koreanischen Halbinsel zeigt sich abermals die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen China und den USA. Das „*shoulder to shoulder*“-Prinzip darf vor dem Hintergrund einer atomaren Bedrohung durch Nordkorea nicht mehr länger nur eine leere Worthülse bleiben, sondern sollte in naher Zukunft wieder mit erheblich mehr Leben gefüllt werden.

## Literaturverzeichnis

### Monografien

Feffer, John, 2003: Nordkorea und die USA. Die amerikanischen Interessen auf der koreanischen Halbinsel. München: Heinrich Hugendubel Verlag.

Heberer, Thomas, 2008: Einführung in die politischen Systeme Ostasiens. 2. Aufl. . Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Hiemann, Roland, 2015: Diplomatie oder Daumenschrauben? Die Strategien der USA gegen ein nukleares Nordkorea. Stuttgart: Ibidem-Verlag.

Mauß, Hanns W./Mauß, Ivo M., 2004: Im Brennpunkt: Korea. Geschichte. Politik. Wirtschaft. Kultur. München: C.H. Beck.

Nabers, Dirk, 2009: Multilaterale Institutionen in Ostasien-Pazifik: Genese – Strukturen – Substanz – Perspektive. Heidelberg: VS-Verlag.

Schimmelfennig, Frank, 2015: Internationale Politik. 4. Auflage. Stuttgart: utb-Verlag.

Schmidt, Manfred G., 2010: Wörterbuch zur Politik. 3. aktual. Auflage. Stuttgart: Alfred Kröner Verlag.

### Fachzeitschriften

Delury, John, 2012: Triple Pronged Engagement: China's Approach to North Korea. in: American Foreign Policy Interests (34), S. 69 –73.

Dongjin, Jeong, 2012: China's Foreign Policy toward North Korea: The Nuclear Issue. Naval Postgraduate School. S. 1 – 93.

Glaser, S. Bonnie/Liang, Wang, 2008: North Korea: The Beginning of a China-US Partnership? in: The Washington Quarterly 31 (3), S. 165 – 180.

Mrosek, David M., 2011: China and North Korea: A peculiar Partnership. Naval Postgraduate School. S. 1 – 97.

Yoo, Hyon Joo, 2014: The China factor in the US-South Korea alliance: the perceived usefulness of China in the Korean Peninsula. in: Australian Journal of International Affairs 68 (1), S. 85- 104.

### Sammelband

Digel/Werner, Kwiatkowski/Gerhard, 1979: Meyers Neues Lexikon. Mannheim: Meyers Lexikonverlag.

### Online-Publikationen

Harnisch/Sebastian, Wagener/Martin, 2009: Die Sechsparteiengespräche auf der koreanischen Halbinsel Hintergründe – Ergebnisse – Perspektiven. Veröffentlicht: 04.03.2009 unter [http://www.uni-heidelberg.de/md/politik/harnisch/person/publikationen/harnisch\\_\\_wagener\\_unknown\\_die\\_sechsparteiengespr\\_\\_che\\_auf\\_der\\_koreanischen\\_halbinsel\\_hintergr\\_\\_nde\\_-\\_ergebnisse\\_-\\_perspektiven.pdf](http://www.uni-heidelberg.de/md/politik/harnisch/person/publikationen/harnisch__wagener_unknown_die_sechsparteiengespr__che_auf_der_koreanischen_halbinsel_hintergr__nde_-_ergebnisse_-_perspektiven.pdf).

Kreuzer, Peter, 2014: Konfliktherd Südchinesisches Meer. Veröffentlicht: Februar 2014 unter [https://www.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk\\_downloads/report0214.pdf](https://www.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_downloads/report0214.pdf).

Zhu, Feng, 2011: Flawed Mediation and a Compelling Mission: Chinese Diplomacy in the Six-Party Talks to Denuclearise North Korea. Published Online: 15 June 2011. Springer Science + Business Media B.V. 2011.

### Digitale Quellen

Auswärtiges Amt, 2016: Online unter [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes\\_Uebersichtsseiten/KoreaDemokratischeVolksrepublik\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes_Uebersichtsseiten/KoreaDemokratischeVolksrepublik_node.html) [Stand: 01.09.2016; letzter Zugriff: 04.06.2017].

BBC, 2006: Online unter <http://news.bbc.co.uk/2/hi/asia-pacific/6032525.stm> [Stand: 09.10.2006; letzter Zugriff: 30.05.2017].

CNN, 2008. Online unter <http://edition.cnn.com/2008/WORLD/asiapcf/06/27/northkorea.explosion/index.html> [Stand: 27.06.2008; letzter Zugriff: 30.05.2017].

CNN, 2017: Online unter <http://edition.cnn.com/2017/05/21/asia/north-korea-fires-unidentified-projectile/> [Stand: 22.05.2017; letzter Zugriff: 30.05.2017].

CNN, 2017: Online unter <http://edition.cnn.com/2017/05/24/politics/north-korea-missile-progress/> [Stand: 24.05.2017; letzter Zugriff: 30.05.2017].

Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China, 2013: Online unter [http://www.fmprc.gov.cn/mfa\\_eng/wjb\\_663304/wjbz\\_663308/2461\\_663310/t1078892.shtml](http://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/wjb_663304/wjbz_663308/2461_663310/t1078892.shtml) [Stand: 19.09.2013; letzter Zugriff: 26.06.2017].

Statista, 2017: Online unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36470/umfrage/die-groessten-armeeen-weltweit-nach-aktiver-truppenstaerke/> [Stand: 04.06.2017; letzter Zugriff: 04.06.2017].

Süddeutsche Zeitung, 2017: Online unter <http://www.sueddeutsche.de/news/politik/konflikte-iaea-besorgt-ueber-nordkoreas-atomprogramm-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-170505-99-325182> [Stand: 05.05.2017; letzter Zugriff: 30.05.2017].

Süddeutsche Zeitung, 2017: Online unter <http://www.sueddeutsche.de/news/politik/konflikte-nordkorea-warnt-usa-nach-raketentest-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-170515-99-450694> [Stand: 15.05.2017; letzter Zugriff: 30.05.2017].

UN, 2006: Online unter <https://www.un.org/press/en/2006/sc8853.doc.htm> [Stand: 14.10.2006; letzter Zugriff: 26.06.2017].

U.S. Department of State, 2005: Online unter <https://www.state.gov/p/eap/regional/c15455.html> [Stand: 19.10.2005; letzter Zugriff: 26.06.2017].

REUTERS, 2009: Online unter <http://www.reuters.com/article/us-korea-north-clinton-idUSTRE50Q53L20090127> [Stand: 27.01.2009; letzter Zugriff: 03.07.2017].

Zeit Online, 2017: Online unter <http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-04/nordkorea-china-usa-militaer-kim-jong-un-atomtest> [Stand: 13.04.2017; letzter Zugriff: 30.05.2017].

Zeit Online, 2017: Online unter <http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-05/nordkorea-atomkonflikt-china-kritik-usa-drohung> [Stand: 04.05.2017; letzter Zugriff: 30.05.2017].

Zeit Online, 2017: Online unter <http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-05/kim-jong-un-nordkorea-japan-shinzo-abe-raketentest> [Stand: 29.05.2017; letzter Zugriff: 30.05.2017].